

**Happy Birthday,
Dear Little Ecotax!
Fünf Jahre Ökologische Steuerreform**

**Dokumentation der Geburtstagsfeier
im Münchner Rathaus am 1. April 2004**

**Förderverein Ökologische Steuerreform e.V.
Gregor Louisoder Umweltstiftung**



HAPPY BIRTHDAY, DEAR LITTLE ECOTAX!

FÜNF JAHRE ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Dokumentation der Geburtstagsfeier im Münchner Rathaus am 1. April 2004

INHALT

Anselm Görres Begrüßung	Seite 3
Claus Obermeier Einführung: Fünf Jahre Ökosteuer	Seite 5
Mechthild von Walter Umwelt schonen muss sich lohnen	Seite 6
Christian Ude Ökologische Steuerreform – wichtiger denn je	Seite 7
Josef Deimer Das Gewissen in die Mitte der Vernunft stellen	Seite 10
Hubert Weiger Fünf Jahre Ökosteuer – ein Grund zum Feiern wie zur Fortentwicklung	Seite 12
Anselm Görres Fünf Jahre Ökosteuer – fünf Wünsche für die Zukunft	Seite 18
Stefan Vetter Umweltverschmutzung muss kosten	Seite 29
Andrea Sauer Von der Isar an die Elbe und zurück – Geschichte des FÖS in München	Seite 31
Sabine Hölper Für Geld tun die Menschen auch das Gute Berichterstattung in der Süddeutschen Zeitung	Seite 34

Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Für Geld tun die Leute alles – auch das Gute.“
Unser Referent Josef Deimer war der Schöpfer dieser unübertrefflichen Formulierung.

ANSELM GÖRRES

VORSITZENDER FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

BEGRÜßUNG

Meine Damen und Herren, Sie können sich vorstellen, dass ich Sie heute mit besonderer Freude und auch ein bisschen Stolz begrüße. Wir haben einen wunderschönen Saal von der Stadt München bekommen, wir haben die besten Referenten, die man sich nur wünschen kann – und vor allem haben wir Sie als Gäste, in weitaus größerer Zahl, als wir das sonst gewohnt sind.

Ich begrüße ganz besonders die beiden mit Abstand beliebtesten Oberbürgermeister Bayerns, als Gast von auswärts zunächst Herr Deimer.

Lieber Herr Deimer, Sie sind seit 1970 OB in Landshut, Sie werden nach 34 jähriger Amtszeit, am Ende des 800ten Gründungsjahres Ihrer Stadt, in die wohlverdiente Pension gehen.

- Sie waren seit 1994 einer der Stellvertreter des Präsidenten des deutschen Städtetags.
- Sie sind seit 1960 in der CSU.
- Und vor allem sind Sie ein mutiger Konservativer, der weiß, dass Umwelt und Natur das Konservieren bitter nötig haben. Sie haben sich gegen die Kernkraft in Ohu und in Wackersdorf engagiert, Sie haben mit Ihrem wunderschönen Spruch über die Ökosteuer dem heutigen Abend sein Motto gegeben.
- Ganz herzlich willkommen in München, lieber Herr Deimer!
- Und Danke auch an die ehemalige grüne Landtagsabgeordnete Emma Kellner, die mit geholfen hat, dass Sie heute da sind.

Lieber Christian, dein Weg zur heutigen Veranstaltung war etwas kürzer, Du bist seit 1993 Oberbürgermeister von München, und du gehst hoffentlich noch nicht so bald in Pension.

- Du bist selbst wahrscheinlich kein eingefleischter Öko-Sozialdemokrat, aber du führst seit 14 Jahren die erfolgreichste rotgrüne Koalition einer deutschen Großstadt.
- Du hast als Kommunalpolitiker seit vielen Jahren mit dafür gesorgt, dass München eine der saubersten und umweltfreundlichsten Großstädte in Deutschland ist.
- München ist seit 1993 ununterbrochen Deutscher Meister in Zukunftsinvestitionen. 24 neue U-Bahnhöfe wurden seit 1993 eröffnet. Die Zahl der Trambahn-Fahrgäste konnte in Deiner Amtszeit um 15 % gesteigert. Bei der Solarenergie ist München einer der Spitzen- und Vorreiter in Deutschland geworden.
- Und Du schreibst mit Deiner Frau Edith sogar Bücher über das Radfahren und machst es selber vor. Ganz herzlichen Dank, dass du heute hier bist und uns als Gastgeber die gute Stube der Stadt überlassen hast.

Um vorn vorneherein jede Benachteiligung Landshuts auszuschließen, möchte ich gleich ergänzen, dass natürlich auch Landshut ein wunderschönes Rathaus besitzt. Das dortige Rathaus scheint von außen etwas älter als das Münchner, aber mindestens genau so schön. Ich könnte mir vorstellen, dass man innen drin zum Beispiel wunderbare Ökosteuerveranstaltungen durchführen könnte, lieber Herr Deimer.

Lieber Prof. Weiger, Sie sind seit April 2002 Erster Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern.

- 1976 haben Sie als Jahrgangsbester das große forstliche Staatsexamen bestanden. Ihre Forschungen über Waldökosysteme und Schadstoffeinträge sind nicht nur in Bayern hochgerühmt.
- Sie haben schon früh ökologische Probleme erkannt und gehandelt. Sie waren Gründungsmitglied des BUND und sind Honorarprofessor für Naturschutz und nachhaltige Landnutzung an der Universität Kassel.
- Und als Mitglied des Obersten Naturschutzbeirates beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen schenkt Ihnen auch die Politik großes Gehör. Wir freuen uns sehr, dass sie uns unterstützen.

Zu großem Dank sind wir natürlich insbesondere der Louisoder-Stiftung und unseren weiteren Mitorganisatoren verpflichtet. Die Gregor Louisoder Umweltstiftung, heute sowohl durch ihren Stiftungsratsvorsitzenden Bernd Louisoder und ihren Vorstandsvorsitzenden Claus Obermeier vertreten, hat durch Ihre finanzielle und organisatorische Unterstützung die Veranstaltung erst möglich gemacht.

- Sie wirkt zum Teil im Verborgenen, nicht jeder kennt sie, aber sie bietet mit „ihrer schlanken und effektiven Organisationsstruktur und der völligen Unabhängigkeit von direkter und indirekter staatlicher Einflussnahme die Gewähr, dass Ihre Zustiftungen das Ziel erreichen: Sicherung der Lebensgrundlagen kommender Generationen und des Weltnaturerbes.“ (Zitat Selbstbeschreibung)
- Ein ganz besonders wertvoller Beitrag der Stiftung besteht darin, dass sie das heutige Buffet gespendet hat. Es kommt natürlich nicht von Käfer oder Dallmayr, sondern vom Biobauern, genauer: vom Biohof Melzl-Butz.

Trotz der Hilfe durch die Gregor Louisoder Umweltstiftung hätten wir den heutigen Abend nicht organisieren und vor allem auch breit kommunizieren können, wenn es nicht gelungen wäre, eine gemeinsame Initiative zahlreicher Münchner Umweltverbände zustande zu bringen. Ganz herzlichen Dank also an:

Global Challenges Network eV – ökom Verlag – JBN (Jugendorganisation Bund Naturschutz) – Green City – Landesbund für Vogelschutz in Bayern, Kreisgruppe München – Bund Naturschutz in Bayern

Damit wir bald anfangen können, möchte ich außer den drei Referenten, unserem Sponsor und unseren Mitorganisatoren niemanden sonst namentlich begrüßen. Doch eine Ausnahme müssen Sie mir gestatten. Seit vielen Jahren schon sind unser Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. und die Münchner Umweltakademie freundschaftlich verbunden und haben mehrere Veranstaltungen gemeinsam durchgeführt. Dass ausgerechnet diesmal die Umweltakademie nicht in die Vorbereitungen eingebunden war, war lediglich ein Versehen, das ich bedauere. Umso herzlicher begrüße ich Prof. Häberle, den Mitgründer und Vorstandsmitglied der Umweltakademie.

CLAUS OBERMEIER
 GREGOR LOUISODER UMWELTSTIFTUNG
 VORSTANDSVORSITZENDER

EINFÜHRUNG „FÜNF JAHRE ÖKOSTEUER“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Umweltschützer,

ich begrüße Sie im Namen der Gregor Louisoder Umweltstiftung ganz herzlich zur heutigen Geburtstagsveranstaltung „Fünf Jahre Ökosteuer“.

Wir Umweltschützer haben ja manchmal den Ruf, uns nicht über unsere eigenen Erfolge zu freuen. Während Unternehmenschefs und manche Politiker auch kleine Verbesserungen in ihrer Bilanz enthusiastisch bejubeln, haben wir meistens schon wieder das nächste Problem auf der Agenda – so ein gängiges Vorurteil gegenüber den Umweltverbänden.

Vielleicht ist da ja etwas dran. Daher waren wir gerne bereit, zusammen mit dem Förderverein Ökologische Steuerreform eine Geburtstagsfeier zum Thema „Fünf Jahre Ökosteuer“ auszurichten. Wir freuen uns, dass wir dafür nicht nur unsere eigenen Aktiven gewinnen konnten, sondern auch viele Gäste aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, die man üblicherweise nicht auf Veranstaltungen der Umweltszene trifft.

In den letzten Jahren sind doch einige unserer alten Forderungen, für die zwei Generationen Aktiver in den Umweltverbänden jahrzehntelang gekämpft haben, gesellschaftsfähig geworden und in die Bundespolitik eingeflossen. Ein Beispiel dafür ist die Ökosteuer. Trotz diverser handwerklicher Schwächen – zum Beispiel der für viele Bürger nicht nachvollziehbaren Einnahmerückführung und der fehlenden Progression – wurde damit ein Instrument eingeführt, das die Marktkräfte für den Umweltschutz mobilisiert. Auch wenn sich mit dem Glauben an die Ökologisierung der Marktwirtschaft sicher nicht alle Umweltprobleme lösen lassen, weist die Ökosteuer klar in die richtige Richtung und ist daher einer der großen Erfolge der deutschen Umweltbewegung.



Heute feiern wir nicht nur den 5-jährigen Geburtstag der Ökosteuer, sondern auch das 10-jährige Bestehen des Fördervereins Ökologische Steuerreform. Seit seiner Gründung 1994 hat er sich dafür stark gemacht, unsere Marktwirtschaft zu ökologisieren und sich als kleiner, aber schlagkräftiger Verband etabliert.

Wir haben unsere Statements und den anschließenden Vortragsteil bewusst knapp gehalten, damit wir auch noch zum wichtigsten Teil jeder Geburtstagsparty kommen: Dem Feiern und den persönlichen Gesprächen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen Abend.

DR. MECHTILD VON WALTER
M.A. STADTRÄTIN

UMWELT SCHONEN MUSS SICH LOHNEN!

Als Mitglied der ödp freue ich mich besonders, an dieser Feier teilnehmen zu können, denn schließlich war es die ödp, die die Forderung nach einer „aufkommensneutralen Ökologischen Steuerreform“ als erste Partei im Programm hatte. Dazu möchte ich Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Mitglied im Beirat des FÖS, zitieren:

„Unter den deutschen politischen Parteien hat sich zuerst die Ökologisch-Demokratische Partei noch unter ihrem damaligen Vorsitzenden Herbert Gruhl die Umweltsteueridee zu eigen gemacht“ (zitiert aus: Ernst Ulrich von Weizsäcker, Erdpolitik – Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Seite 163 und 175).

Seit 1998 hat die ödp unermüdlich für dieses großartige Konzept von Prof. Dr. Hans-Binswanger geworben – es in ihren Programmen verdeutlicht, in Vorträgen und auf Flugblättern dargestellt und in zahllosen Einzelgesprächen erklärt. Und zwar haben wir immer das ursprüngliche Konzept, nämlich die aufkommensneutrale Ökosteuer, vertreten.

Wir waren, wie er, der Überzeugung, dass man mit dieser Steuerreform die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft vorgeben, dann aber den Kräften der Marktwirtschaft die Realisierung überlassen muss: Wenn der Umweltverbrauch schrittweise mit Steuern belastet, die Arbeit aber von Lohnnebenkosten entlastet wird, werden sich die erwünschten Ereignisse einstellen. Das haben wir auf die kurze Formel gebracht: Umwelt schonen muss sich lohnen!

Auch wenn die Umsetzung dieses zukunftsweisendes Konzeptes von Prof. Binswanger in unseren Augen zu zaghaft realisiert und nicht konsequent genug weitergeführt wird, war der Einstieg in die Ökologische Steuerreform 1999 doch ein Schritt in die richtige Richtung. Und das ist wirklich ein Grund zum Feiern.

Es ist auch ein Anlass, dem Förderverein Ökologische Steuerreform für sein unermüdliches und öffentlich wirksames Eintreten für die Realisierung der aufkommensneutralen Ökologischen Steuerreform zu danken.

Allen, die sich seit vielen Jahren dafür eingesetzt haben, dass dieses einleuchtende Konzept in Wirklichkeit umgesetzt wird, möchte ich an dieser Stelle danken – es ist in der Tat ein geduldiges bohren dicker Bretter, dass wir im Interesse der jetzt lebenden Menschen, unserer Mitwelt und der kommenden Generation auf unser nehmen und auch in Zukunft weiter betreiben werden. Gemeinsam werden wir es schon schaffen.

CHRISTIAN UDE
 OBERBÜRGERMEISTER MÜNCHEN

ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM – WICHTIGER DENN JE

Ökosteuer ist für viele ein Schimpfwort, gleichbedeutend mit Abzockerei und Schikane. Vor allem eine Boulevardzeitung mit besonders großen Buchstaben hat sich auf die Ökosteuer regelrecht eingeschossen. Sie muss weg, heißt es kurz und bündig, weil sie weder die Beiträge zur Rentenversicherung deutlich gesenkt hat, noch die Umwelt spürbar verbessert habe. Vermeintlich geistreiche Repräsentanten des neo-liberalen Lagers witzeln sogar, die Ökosteuer zwingt staatstragende Bürger zu mehr Autofahrten, weil sie nur so dem Staat aus seiner finanziellen Klemme heraushelfen könnten. Ähnlich wurde ja auch schon gegen die Besteuerung von Tabak und Alkohol polemisiert: Diese Steuer zwingt verantwortungsbewusste Menschen dazu, dem Staat zuliebe exzessiv zu qualmen und zu saufen.



Bilden wir uns also nicht ein, Ihr Verein habe es in den zehn Jahren seiner Existenz geschafft, die Notwendigkeit einer ökologischen Steuerreform der Bevölkerung und den Medien plausibel zu machen. Der Widerstand ist ganz im Gegenteil unvermindert groß. Die Mineralölkonzerne brauchen nur an der Preisspirale zu drehen, schon ertönt reflexhaft der Ruf, zum Ausgleich müsse die Ökosteuer fallen. Wenn die Lebenshaltungskosten steigen, wird ebenfalls sehr schnell nach Befreiung von der Last der Ökosteuer gerufen. Auch nach fünf Jahren Ökosteuer ist dieses Instrument noch nicht allgemein verstanden und akzeptiert worden. Dabei sind die Grundgedanken doch so einfach und überzeugend:

Wir alle klagen tagein, tagaus über die hohe Belastung des Faktors Arbeit. Ausnahmsweise sind sich Gewerkschafter, Sozialpolitiker und Wirtschaftsleute einig: Diese Kosten müssen runter, weil sie bestehende Arbeitsverhältnisse gefährden und die Schaffung neuer Jobs blockieren.

Auf der anderen Seite kann niemand bestreiten, dass der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung gedrosselt werden müssen, wenn unser Globus noch lange Zeit bewohnbar bleiben soll. In einer Marktwirtschaft sollte ein solches Ziel nicht mit einer Flut von Regeln und Verboten durchgesetzt werden, sondern mit marktwirtschaftlichen Mitteln, also über den Preis. Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung müssen teurer werden, damit es attraktiv und lohnend wird, die Ressourcen und die Umwelt zu schonen - sei es durch neue Technologien und Verfahren, sei es durch verändertes Verhalten oder Reduzierung von Ansprüchen.

Zwei klare Aufgabenstellungen: Die Arbeit billiger machen und den Umweltverbrauch teurer. Wenn dies aufkommensneutral geschieht, also ohne klammheimliche Erhöhung der Abgabenquote, müsste eigentlich jeder vernunftbegabte Mensch für eine ökologische Steuerreform sein, die beide Ziele zugleich verfolgt. In der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998 wurde die Senkung der Lohnnebenkosten durch Einführung einer ökologischen Steuer- und Abgabenreform erstmals auch als Regierungsprogramm festgeschrieben:

„Die neue Bundesregierung will Beschäftigung fördern und umweltfreundliches Handeln belohnen. Dazu werden wir eine ökologische Steuer- und Abgabenreform durchführen. Damit setzen wir marktwirtschaftliche Anreize für die Entwicklung energiesparender und umweltschonender Produkte und neuer Produktionsverfahren und für ein umweltbewusstes Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die ökologische Steuer- und Abgabenreform ist ein marktwirtschaftliches Instrument moderner Technologie- und Industriepolitik. Sie fördert den Strukturwandel und schafft neue Arbeitsplätze.“

Mit dieser Weichenstellung hatte die Bundesregierung im Übrigen keineswegs eine Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz in Europa übernommen, sondern ist nur dem Beispiel vieler anderer Europäischer Staaten gefolgt, Beispielen wie Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Belgien, den Niederlanden, Österreich, Polen, Frankreich oder Großbritannien, wo Ökosteuern längst gang und gäbe sind.

Die Reform ist gut für den Arbeitsmarkt und für die Umwelt, auch wenn der sophistische Einwand zutrifft, dass die Einnahmen umso mehr sinken, je mehr die Steuer ihren umweltpolitischen Zweck erreicht. Wir stehen vor einer so dramatischen Zunahme des Energieverbrauchs und des Verkehrsaufkommens, dass jede Sorge, die Ökosteuer könne durch ihren pädagogischen Erfolg ihre eigenen Quellen verschließen, doch wirklich an der Glatze herbeigezerrt ist.

Leider hat es aus demografischen Gründen keinen Schwund der Rentenversicherungsbeiträge gegeben. Aber immerhin: Sie sind zeitweise zurückgegangen, während sie ohne Ökosteuer drastisch angestiegen wären. Wer heute die Ökosteuer abschaffen wollte, müsste die Beiträge der Rentenversicherung mit dem selben Finanzvolumen angeben: Pures Gift für den Arbeitsmarkt.

Halten wir also fest: Die ökologische Steuerreform ist nicht nur ein wirksamer Anreiz zur effizienteren Nutzung von Energie, zum Energiesparen und damit zum Umweltschutz, sondern auch ein unverzichtbares Instrument zur Verbilligung des Faktors Arbeit.

Es tut weh, miterleben zu müssen, dass Repräsentanten der Union, die dies alles zu Zeiten ihrer eigenen Regierungsverantwortung eingesehen und selber gepredigt haben, heute gegen die Ökosteuer polemisieren, als handle es sich um eine grundlose Quälerei.

Auswirkungen der Ökosteuer auf den städtischen Haushalt

Und es ist auch kein Verrat an kommunalen Interessen, für die ökologische Steuerreform zu sein. Schauen wir uns die beiden Seiten der Auswirkungen der ökologischen Steuerreform auf den Haushalt der Stadt München an:

- **Steuermehrbelastung aus Ökosteuern** (ohne Beteiligungsgesellschaften)

1999 insgesamt	3.568.437 €
2000 insgesamt	4.388.462 €
2001 insgesamt	5.349.563 €
2002 insgesamt	6.245.542 €
2003 insgesamt	8.015.089 €
Gesamtsumme der jährlichen Mehrbelastung	+ 27.567.093 €

- **Minderausgaben durch Absenkung des Rentenversicherungsbeitrags** (Arbeitgeberanteil).

Das Steueraufkommen aus der Ökosteuer wird nahezu vollständig zur Senkung und Stabilisierung der Rentenversicherungsbeiträge verwendet. Ohne die finanziellen Entlastungen aus den Ökosteuerereinnahmen hätten die Beiträge zur Rentenversicherung (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) nach Berechnungen der LVA Oberbayern wie folgt erhöht werden müssen:

1999	+ 0,6 %
2000	+ 1,0 %
2001	+ 1,3 %
2002	+ 1,5 %
2003	+ 1,7 %

Daraus ergibt sich eine Entlastung bei den Rentenversicherungsbeiträgen (Arbeitgeberanteil) im Haushalt der Landeshauptstadt München:

für 1999 um insgesamt	2.301.367 €
für 2000 um insgesamt	3.951.364 €
für 2001 um insgesamt	5.121.334 €
für 2002 um insgesamt	5.952.886 €
für 2003 um insgesamt	7.027.984 €
Gesamtsumme der jährlichen Minderausgaben:	- 24.354.935 €

Den Mehrausgaben von 27.567.093 Euro steht also eine Entlastung von insgesamt 24.354.935 Euro gegenüber. Die Mehrausgaben per Saldo betragen somit 3.212.158 Euro.

Dieser Betrag sollte in einem Milliardenhaushalt kein Problem darstellen. Und er ist nur ein Bruchteil dessen, was die Gesetzgeber von Bund und Land der Stadtkämmerei mehrmals jährlich allein „aus Versehen“ aufbürden.

Als Vorsitzender der Gremien des MVV möchte ich allerdings auch eine deutliche Forderung an die Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform aussprechen. Gewisse Teilbereiche des Wirtschaftslebens und Verkehrsgeschehens müssen differenziert behandelt werden.

Busse und Bahnen sind die umweltfreundlichsten Verkehrsmittel, die wir haben. Die aktuelle Fahrpreiserhöhung des MVV ist da ein falsches Signal. Bei Bus und Bahn muss es bei der Ökologischen Steuerreform daher Ausnahmeregelungen geben. Hingegen sollte die wettbewerbsverzerrende Steuerbefreiung des Flugzeugs bei der Kerosinsteuer endlich abgeschafft werden.

Auch hier sind wir uns einig.

Ich gratuliere dem Förderverein Ökologische Steuerreform ganz herzlich zu seiner Geburtstagsfeier und wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf.

JOSEF DEIMER
OBERBÜRGERMEISTER VON LANDSHUT

„DAS GEWISSEN IN DIE MITTE DER VERNUNFT STELLEN“

Zur Ökosteuer fällt mir zuerst die Frage ein, ob das mit ihr angestrebte Ziel erreicht worden ist. Fachleute können nach fünf Jahren sicher eine erste Bilanz ziehen. In der seinerzeitigen Gesetzesbegründung heißt es:

„Die Verteuerung der Energie lässt positive Auswirkungen auf die Umwelt erwarten“.



Ich glaube nicht, dass man diesen Effekt heute bereits feststellen kann. Er ist weder im privaten noch im gewerblichen Bereich – zumindest nicht nach meiner Beobachtung – eingetreten. Man könnte bestenfalls ironisch formulieren und sagen, dass die Verteuerung der Energie zwar keine greifbaren positiven Auswirkungen auf die Umwelt gebracht hat, aber immerhin die Höhe des Rentenbeitrages positiv beeinflusste. Damit ziehe ich die Konsequenz, dass der erste Ansatz einer Ökologisierung unseres Steuersystems zwar der Sicherung der Rentenkassen hilfreich war, aber im Prinzip eine gesetzgeberische Fehlkonstruktion zu konstatieren ist. Durch diese Verbindung mag man zwar eine Sozialkomponente gefunden haben, aber der Umweltschutzgedanke konnte in der Gesellschaft nicht im wünschenswerten Maße etabliert werden. Steuereinnahmen müssten zumindest im weitesten Sinne dem Umweltschutz zugute kommen.

Ich möchte diese etwas kritischen Gedanken zur Ökosteuer nicht als destruktiv verstanden wissen, sondern vielmehr als Anforderung an eine Fortentwicklung der Ökosteuer in den Raum stellen. Es müsste doch möglich sein, dass die im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft rapide wachsende Umweltverschmutzung, die sich in den aufholenden Industrien der ehemaligen Entwicklungsländer besonders bemerkbar macht, zwangsläufig auf ein Steuersystem zu bewegt, das sich an ökologischen Gesichtspunkten orientiert.

„Es geht um die Instrumente für den Umweltschutz. Im Vordergrund muss dabei die ökologische Wahrheit der Preise stehen“ (Ernst-Ulrich v. Weizsäcker).

Unsere Marktwirtschaft ist in ökologischer und ökonomischer Hinsicht nicht zu übertreffen, sofern die Preise die ökologische und soziale Wahrheit beinhalten. Bei „falschen Preisen“ für die natürliche Umwelt führt derselbe Marktmechanismus zu einer besonders effizienten Umweltzerstörung.

Richtig ist auf alle Fälle, dem Staatshaushalt Ökosteuern zuzuführen, weil diese Einnahmen ohne Zweckbindung sind – Ausnahmen bestätigen die Regel. Im Gegensatz zu den Aufgaben können nicht nur beweisbare Sanierungs- und Entsorgungskosten, sondern auch Synergie- und Langzeitwirkungen in den „Preis für die Inanspruchnahme der Umwelt“ einbezogen werden. Nur Veränderungen der Preisstruktur können die Wirtschaft zum Handeln bewegen.

Mein Zitat aus der Debatte um die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im Senat, dass

„die Menschen für Geld zu allem fähig sind“

(im Zusammenhang mit Plutonium als waffenfähiges Material) möchte ich gern ergänzen mit dem Nebensatz

„...auch zu etwas Gutem“.

Die Verantwortung für die Umwelt hat Romano Guardini lange vor der Entdeckung des Umweltschutzes erkannt. Wer sich über den Titel „Die Grenzen des Wachstums“ Gedanken macht, der auf den berühmten Titel und die Arbeit des Club of Rome anspielt, sollte wissen, dass Romano Guardini diese Grenze schon Jahrzehnte vor allen anderen Politikern angesprochen hat.

1928 oder schon etwas früher meinte er, dass die Fortschrittsparole der Neuzeit („immer weiter voran“) auf der endlichen Welt unweigerlich an die Grenzen stoßen müsse: Das kommende Jahrhundert werde sie („die Grenzen“) durch den Willen ersetzen müssen, „sich miteinander einzurichten“.

Es geht also um Verhaltensänderungen, die es zu fördern gilt. Vielfältige neue Prozesse und Solidarisierung zeigen, dass elementare Voraussetzungen des Selbstverständnisses menschlichen Lebens neu formuliert werden müssen. Dazu zähle ich vor allen Dingen die Fragen der sozialen Ökologie und hier vorrangig die gerechte Verteilung der Arbeit, auf die der Soziologe Ulrich Beck schon vor gut einem Jahrzehnt mit der Thematisierung einer „flexiblen Unterbeschäftigung“ hingewiesen hat.



Ich danke dem „Förderverein ökologische Steuerreform“ und seinem exzellenten Vorsitzenden Dr. Anselm Görres für das große Engagement. Für die Zukunft gilt es, unsere Marktwirtschaft im Sinne einer ökosozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Dies kann gelingen, wenn wir das Wort des ehemaligen Landshuter Universitätsprofessors Johann Michael Sailer beherzigen: „Das Gewissen in die Mitte der Vernunft stellen“.

PROF. DR. HUBERT WEIGER

LANDESVORSITZENDER BUND NATURSCHUTZ IN BAYERN E.V.

FÜNF JAHRE ÖKOSTEUER – EIN GRUND ZUM FEIERN WIE ZUR FORTENTWICKLUNG



Hohe Arbeitslosigkeit, eine stagnierende Binnennachfrage, die zunehmende Steuerungsunfähigkeit der Politik angesichts globaler Märkte und die Konkurrenz europa- wie weltweit völlig unterschiedlicher Steuer- und Sozialsysteme kennzeichnen die derzeitigen Randbedingungen der Wirtschafts- und Umweltpolitik.

Gleichzeitig sind die Folgen einer naturfernen Wirtschafts- und Lebensweise und der damit einhergehenden Klimaveränderung nicht mehr auf Inseln in der Südsee begrenzt sondern belasten massiv unsere Volkswirtschaften in der Europa. Die Flutkatastrophe vor zwei Jahren und der Dürresommer 2003 haben zu Milliarden Schäden geführt, die viele von uns direkt und indirekt über die Steuern bezahlen.

Trotz der immer komplexeren Zusammenhänge haben in der aktuellen Diskussion siehe die Debatte um den Emissionshandel alte und vermeintlich einfache Rezepte wieder Hochkonjunktur:

- die undifferenzierte Forderung nach mehr Wirtschaftswachstum unter anderem durch Reduzierung der Kosten des Umweltschutzes,
- staatliche Investitionen in Großprojekte wie den Atomforschungsreaktor Garching, den Transrapid und weitere Infrastrukturprestigeprojekte,
- der Ruf nach Abbau von Investitionshemmnissen durch Beschleunigungsgesetze,
- die Forderung nach Wegfall von gemeinwohlschützenden Vorschriften und Verwaltungen unter dem Deckmantel der Reform.

Es droht ein gewaltiger roll-back in der Umweltpolitik. Dabei wird ignoriert, dass

- selbst bei durchschnittlich zwei Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr die Zahl der Arbeitslosen in den nächsten Jahren noch ansteigen wird,
- Umweltschutzkosten gemessen an den Lohn- und Lohnnebenkosten gering sind. Im produzierenden Gewerbe liegen sie durchschnittlich unter ein Prozent des Produktionswertes. Umweltschutzinvestitionen machen durchschnittlich gerade ein Prozent der Gesamtinvestitionen aus.
- Investitionshemmnisse nicht durch korrekt und umfassend mit Alternativen durchgeführte Genehmigungsverfahren entstehen, sondern durch die Missachtung vorhandener Gesetze

- selbst bei durchschnittlich zwei Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr die Zahl der Arbeitslosen in den nächsten Jahren noch ansteigen wird,
- Umweltschutzkosten gemessen an den Lohn- und Lohnnebenkosten gering sind. Im produzierenden Gewerbe liegen sie durchschnittlich unter ein Prozent des Produktionswertes. Umweltschutzinvestitionen machen durchschnittlich gerade ein Prozent der Gesamtinvestitionen aus.
- Investitionshemmnisse nicht durch korrekt und umfassend mit Alternativen durchgeführte Genehmigungsverfahren entstehen, sondern durch die Missachtung vorhandener Gesetze
- Arbeitsplätze wegen der fortschreitenden Produktivitätszunahme und wegen des Ersatzes der künstlich verteuerten menschlichen Arbeitskraft durch die Maschinen wegfallen.
- öffentliche Großinvestitionen häufig bei einem maximalen Investitionsaufwand (z.B. in neue Autobahnen, Hochgeschwindigkeitsstrecken oder Großkraftwerke) nur zur Schaffung von „Arbeitsplätzen“ für Großbaumaschinen führen und häufig Verluste in arbeitsplatzintensiven Bereichen (Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Handwerk) zur Folge haben.
- wegen geringer Kosten für Energie und Ressourcen Investitionen in den Bereich der besonders arbeitsintensiven mittleren Technologie unterbleiben. Der Bau von Blockheizkraftwerken führt beispielsweise bei gleicher Investitionssumme wie beim Bau von Großkraftwerken zu sechs bis acht mal mehr Arbeitsplätzen.
- soviel Land wie noch nie baureif erschlossen wurde, laufend Gewerbegebiete auf der grünen Wiese entstehen und trotzdem oder gerade wegen dieser subventionierten Konkurrenz für die Innenstädte und arbeitsintensive Strukturen die Zahl der Arbeitslosen zunimmt.

Die ökologische Steuerreform war und ist der Versuch, zumindest einen Teil der Umweltfolgenlasten, die nicht in die persönliche oder Unternehmensrechnung eingehenden Kostenfaktoren, welche zudem kommenden Generationen aufgebürdet werden, in das marktwirtschaftliche System zu integrieren.

Und sie ist weit besser als ihr Ruf, den sie vor allem der jahrelangen öffentlichen Kampagne von CSU, CDU und FDP, einiger Interessenverbände und jüngst auch der Rabulistik des Bundeswirtschaftsministers zu verdanken hat, nicht jedoch ihren Wirkungen. Denn die Ökosteuer hat unter anderem messbar zur Senkung der Emissionen des Straßenverkehrs und zur Stärkung des öffentlichen Personenverkehrs beigetragen. Sie ist berechenbar, überfordert niemanden und schafft bis zu 250.000 neue Arbeitsplätze.

Und solange die Preise für Strom, Wärme und Mobilität auf Basis der konventionellen Energieträger nicht die ökologische Wahrheit sagen, sie keine Umweltfolgekosten abdecken, ist die Förderung von Effizienztechnik und regenerativen Energien erforderlich.

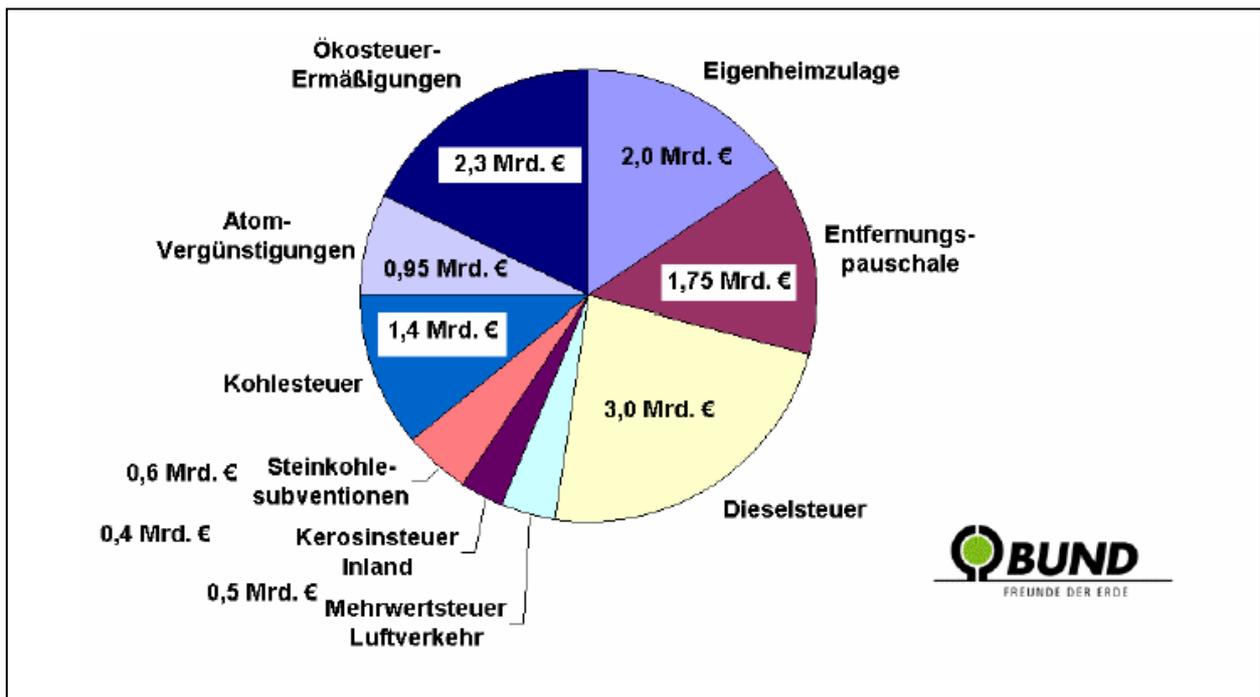
Hätten wir in ganz Deutschland die Dichte bei Solar- und PV-Anlagen wie im Bereich Landshut wären wir ein gutes Stück auf dem Weg zu einer umweltverträglicheren Energieversorgung weiter.

Ökosteuern sind keine „Strafsteuern“, sondern dienen dem Schutz der Umwelt. Vorsorge gegen die drohende Klimakatastrophe, Verminderung von Verkehrslärm, sparsamer Umgang mit endlichen Ressourcen sind die zentralen Ziele.

Auch wenn die Umweltverbände ihre Ausgestaltung und vor allem die Ausnahmeregelungen für die Industrie immer kritisiert haben, kann und muss die ökologische Steuerreform im Rahmen eines differenzierten Instrumentenmix weitergeführt werden kann. Für diesen Instrumentenmix beginnt sich bereits die neue Wortschöpfung „ökologische Finanzreform“ einzubürgern. Darin wäre dann auch der Abbau der für die Umwelt schädlichen Subventionen eingeschlossen.

Wir fordern von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf, konkrete Beschlüsse zum Abbau umweltschädlicher Subventionen zu fassen statt mit der Koch/Steinbrückschen Rasenmähermethode vorzugehen. Mit unseren Einsparvorschlägen können schon im dritten Jahr 13 Mrd. Euro für den Staatshaushalt gewonnen und gleichzeitig Anreize für umweltschädliches Wirtschaften reduziert werden.

Abbildung 1: Kurzfristiges Einsparpotential durch Abbau umweltschädlicher Subventionen: 13 Mrd. Euro innerhalb von drei Jahren



Das Grundkonzept des rot-grünen Einstiegs in die ökologische Steuerreform ist richtig. Die Fülle der Ausnahmetatbestände und das insgesamt zu zaghafte Niveau der Steuersätze führen aber dazu, dass die ökologische Lenkungswirkung bisher zu gering ist. Der Bund Naturschutz gemeinsam mit unserem Bundesverband BUND fordern deshalb von der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit ein konsequentes Konzept zur Fortführung der Reform über den Stand 2003 hinaus. Einige zentrale Forderungen sind:

Fortsetzung der regelmäßigen Benzinpreiserhöhungen

3 Cents jährliche Benzinpreiserhöhung sind auf Dauer nicht genug. Wenn der Flottenverbrauch der PKWs in Deutschland in den nächsten 10 - 15 Jahren von 8,9 Litern/100 km auf 3 Liter/100 km sinken soll - was technisch und ökonomisch gut möglich ist - muss der Benzinpreis entsprechend angehoben werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Automobilindustrie und die Verbraucher seit Jahren die Marktdurchdringung mit sparsamen Fahrzeugen blockieren. Die negativen externen Kosten des Straßenverkehrs in Höhe von ca. 80 Milliarden Euro müssen sich im Benzinpreis niederschlagen.

Fortsetzung der Stromsteuer

Die Erhöhung der Stromsteuer um jährlich 0,25 Cents/kWh. sollte in mindestens gleichem Umfang fortgesetzt werden. Viele Haushalte verbrauchen den Strom zu sorglos und machen sich nur selten bewusst, dass hoher Stromverbrauch erhebliche Umweltprobleme bei der Stromerzeugung nach sich zieht. Eine Politik der Preiserhöhung alleine wird deshalb nicht funktionieren. Informationskampagnen zur Verringerung des Stand-by Verbrauchs und ein verbessertes Angebot verbrauchsarmer Geräte stehen für die privaten Haushalte im Vordergrund. Mit der sehr moderaten Fortsetzung der Stromsteuererhöhungen in bisheriger Höhe könnten die hohen Einsparpotenziale im Bereich der Kleinbetriebe beziehungsweise im Verwaltungsbereich aller Unternehmen erschlossen werden.

Erhöhung der Lenkungswirkung bei der Stromerzeugung

Die Stromsteuer in ihrer jetzigen Form als Endenergiesteuer bietet kaum Anreize für eine umweltschonende und effiziente Stromerzeugung. Solange der Systemwechsel zu der ursprünglich von den Umweltverbänden geforderten Primärenergiesteuer beziehungsweise einer in Abhängigkeit von den Primärenergieträgern differenzierten Stromsteuer nicht vollzogen wird, fordern wir zusätzlich zur Stromsteuer die Einführung einer Kernbrennstoffbesteuerung und die Besteuerung von Kohle. Die Sätze sollten mindestens so hoch sein wie der Steuersatz für Erdgas. Wegen der politischen Widerstände gegen die Besteuerung von Kohle außerhalb der Stromerzeugung ist alternativ zumindest das Auslaufen der Steinkohlesubventionen bis spätestens 2010 erforderlich. Die schon im Koalitionsvertrag 1998 angekündigte Stromsteuerbefreiung für Strom aus erneuerbaren Energien muss endlich umgesetzt werden.

Erweiterung der Ökosteuern – Beispiel Flächenverbrauchssteuer

Energie- und Verkehrssteuern bilden den Kern der ökologischen Steuerreform. Erweiterungen sind aber überall dort sinnvoll, wo steuerliche Anreize flexibler sind als strikte gesetzliche Ge- und Verbote.

Überfällig ist beispielsweise eine Reform der Grundsteuer. Momentan orientiert sich diese Steuer nur am Wert der Gebäude und der Zahl der Geschossflächen. Nicht berücksichtigt wird, wie stark das Grundstück bebaut und zubetoniert ist. Das ist aber entscheidend für die natürlichen Funktionen des Bodens, das Grundwasser aufzunehmen und Pflanzen und Kleintiere Platz zu bieten. Die heutige Grundsteuer begünstigt den übermäßigen Flächenverbrauch durch Einfamilienhäuser und Gewerbegebiete auf der Grünen Wiese.

Täglich werden in Deutschland 130 Hektar Fläche (das entspricht 177 Fußballfeldern) neu bebaut. Bayern ist trauriger Spitzenreiter mit 40 Fußballfeldern pro Tag. Wir schlagen daher eine Umgestaltung der Grundsteuer nach ökologischen Kriterien vor. Für die Art der Flächeninanspruchnahme werden unterschiedliche Steuerklassen gebildet:

Naturschutzflächen und naturnah genutzte landwirtschaftliche Flächen werden am niedrigsten besteuert, bebaute und versiegelte Flächen am höchsten. Besteuert werden soll zum einen der Gebäudebestand im Rahmen der Grundsteuer, um Anreize für die Entsiegelung von Innenhöfen, Parkflächen und dergleichen zu geben. Zum anderen könnte eine Versiegelungsabgabe eingeführt werden, damit bei Neubauvorhaben stärker auf flächenschonendes Bauen geachtet wird.

Für diesen Vorschlag zur Erweiterung der ökologischen Steuerreform gelten die gleichen Prinzipien wie bei den Energiesteuern auch: Erstens soll es insgesamt keine Steuererhöhung geben, sondern die Einnahmen sollen durch Senkung anderer Steuern und Abgaben zurückgegeben werden. Zweitens wird nicht erwartet, dass sich das Problem der Zersiedelung der Landschaft mit einer Steuer alleine lösen lässt. Ergänzend muss sich vor allem das Planungsrecht (Raumplanung, Ausweisung von Bauland) stärker nach den Belangen der Umwelt richten.

Auch in anderen Bereichen der Umweltbelastung sind steuerliche Lösungen denkbar beispielsweise um den zu starken Einsatz von Stickstoffdüngern und Pestiziden in der Landwirtschaft und die damit verbundene Grundwasserbelastung einzudämmen.

Aufkommensneutralität beibehalten

Wir plädieren dafür, am Grundsatz der Aufkommensneutralität festzuhalten. Es ist vernünftig, die Lohnnebenkosten weiter zu senken. Wenn die Bundesregierung es weiterhin so halten will, muss sie es überzeugender vermitteln. Dazu ist erforderlich:

- Erstens muss gewährleistet sein, dass das Ökosteueraufkommen vollständig zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge eingesetzt wird. Die große Zahl sich ständig ändernder Buchungsposten im Dickicht zwischen Bundeshaushalt und Rentenversicherungshaushalt muss gelichtet und transparenter gestaltet werden.
- Zweitens sollte die Bundesregierung deutlich machen, dass sie den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung als Beitrag zu sozialer und Generationengerechtigkeit versteht. In den letzten Jahren haben viele Koalitionspolitiker genau den gegenteiligen Eindruck erweckt.
- Drittens muss denjenigen, die in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, individuell deutlich werden, wie viel sie durch die Senkung der Lohnnebenkosten gewinnen. Nachdem es auf den Gehaltsabrechnungen extra Zeilen für den Solidaritätszuschlag und die Pflegeversicherung gibt, ist es an der Zeit, eine Zeile "Ökosteuerrückerstattung" einzuführen. Da es für einen Umweltverband nicht Hauptanliegen ist, Sozialversicherungspolitik zu betreiben, sind wir auch offen für eine Debatte über alternative Aufkommensverwendungen, unter der Voraussetzung, dass das Prinzip der Aufkommensneutralität gewahrt bleibt.

Der Bund Naturschutz und die Umweltbewegung haben schon in den 70er Jahren unter anderem mit Prof. Binswanger den Keim für den Umbau unseres Steuersystems gelegt. Es war eine lange Keimruhe bis es gelang in einer breiten Allianz vom Bundesverband Junger Unternehmer bis zu den arbeitsintensiv produzierenden Gewinnerunternehmen des Mittelstandes aber auch Firmen wie der AEG die Ideen in die politische Realität gegen größte Widerstände umzusetzen.

Nun gilt es, das bewährte System zu erhalten und weiter zu verbessern um Arbeit in diesem Land endlich billiger und den Energie- und Ressourcenverbrauch teurer zu machen. Getreu dem gemeinsamen Leitsatz von 1993 in einer gemeinsamen Plädoyer von BUND und Bundesverband Junger Unternehmer für eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft, Bonn 1993.

„Die ökologisch ausgerichtete soziale Marktwirtschaft würde bewirken, dass wir heute die Produkte und Leistungen entwickeln, die in der Zukunft benötigt werden. Sie werden sich weltweit der Nachfrage erfreuen, da sie nachhaltigen Nutzen liefern und die Belastbarkeit der Ökosysteme berücksichtigen. Die Kosten von Umweltschädigungen und Nutzungen, die gegenwärtig auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, müssen zukünftig in allen Produkten und Leistungen enthalten sein.“

Und es ist auch unsere Aufgabe gesellschaftliche Mehrheiten für Werthaltungen wie in dieser Aussage zu erringen:

„Ökologie ist nichts anderes als Langzeit-Ökonomie, Schädigung der Umwelt bedeutet auch Verschlechterung der ökonomischen Voraussetzungen, die zur Sicherung des Lebensstandards künftiger Generationen notwendig sind. Umweltpolitik ist Standortpolitik. Jedes Land, das seine Standortqualität auf den Gebieten des Umwelt- und Naturschutzes verbessert, nützt damit dem Wirtschaftsstandort Deutschland als Ganzem.“

Dieser Satz stammt von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, im AEG-Grünbuch des Jahres 1997. Er muss endlich auch im politischen Alltag wieder öffentlich gesagt und umgesetzt werden.

DR. ANSELM GÖRRES

VORSITZENDER FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM E.V.

FÜNF JAHRE ÖKOSTEUER – FÜNF WÜNSCHE FÜR DIE ZUKUNFT



Mal ehrlich: wer von Ihnen ist heute erstmals in diesem prächtigen Saal? Ich selbst sah ihn zum ersten Mal auf der neuen Website der Stadt München, als wir die heutige Veranstaltung planten. Und München ist auch schon mein erstes Thema, gerade weil es hier so schön ist.

Mein zweites Thema ist die Agenda 21, der Landshut und München angehören, und ihr äußerst anspruchsvoller Auftrag an uns alle.

Beim dritten Thema geht es um die Sonnenenergie, und damit komme ich zur Ökosteuer und zu Adam Smith. Ich erkläre dann auch, worin der geheime Zusammenhang zwischen Landshut und Adam Smith besteht.

Mein viertes Thema gilt schon wieder nicht mehr der Ökosteuer. Deren Lob hat schon Hubert Weigert angestimmt. Berlin hat uns leider in diesen Tagen ein weiteres Thema aufgezwungen, den Streit um den Emissionshandel in Deutschland und Europa.

Und beim fünften Geburtstag ist das fünfte Thema natürlich vorgegeben: nämlich fünf bescheidene Geburtstagswünsche.

1. Münchner Gemütlichkeit & Umweltengagement – keine einfache Kombination!

München und Landshut sind wunderschöne Städte. Doch genau diese Schönheit unserer bayerischen Städte, der bayerischen Landschaften, der bayerischen Natur – genau dies ist vielleicht schon Teil unseres heutigen Problems. Bayern ist so außerordentlich schön und gemütlich, dass man vor lauter Schönheit, vor lauter Gemütlichkeit und Lebensfreude, bestimmte Teile des Lebens gar nicht mehr sieht, gar nicht mehr wahrnimmt. Der Bayer gilt ja als äußerst genussfähig, und das ist ganz in Ordnung so. Aber er gilt auch als empörungsgemmt – und das ist manchmal nicht so ganz in Ordnung. Lassen Sie mich erklären.

- Das erste Mal, als mich dieser Gedanke beschlich, waren die Jahre vor und nach 1989. Nur 350 Kilometer von hier brach da ein Weltreich zusammen. Da wuchs in Deutschland zusammen, was zusammen gehörte. Da gab es ungeheure Freude, ich erinnere mich noch an die Worte Mompers: Berlin ist heute die glücklichste Stadt der Welt.
- Doch natürlich gab es auch ungeheure Probleme. Aber nicht in München. In München fanden die deutsche Einheit und ihre Probleme nicht statt – jedenfalls nicht im Herzen des Publikums. Zuerst waren die einzigen, die etwas davon mitbekamen, die Immobilieninvestoren. Die konnte man damals reihenweise im Flieger nach Leipzig oder Dresden antreffen.
- Das breitere Publikum bekam die deutsche Einheit erst mit, als nicht nur beim Obi, son-

dern auch im Biergarten – ja sogar am Oktoberfest! – die Verkäufer und die Bedienungen plötzlich immer öfter auch sächsisch sprachen. Oder berlinerten. Ja hoppla – war da vielleicht was passiert?

- Das zweite Mal war der Jugoslawienkrieg. Wieder kaum 350 Kilometer von hier. Aber irgendwo furchtbar weit weg. In München änderte sich nix an den gewohnten Gesprächsthemen. FC Bayern – Hochhäuser in München – Modeschneider Mooshammer – Uschi Glas – Oktoberfest. Gsund samma, fesch samma. Scho sche. Irgendwie. So is hoit.
- Ein bisschen anders war es beim Irakkrieg. Da haben sich sogar die Münchner engagiert. Dem OB wollte zwar im Bayerischen Hof von den Nato-Größen keiner zuhören. Aber draußen haben die Leute schon mitbekommen, dass ihr OB plötzlich gar nicht mehr so gemütlich war, obwohl er doch als Gastgeber höflich bleiben musste. Aufgehört haben die Leute auch, als der Schauspieler Rolf Boysen, 83 Jahre alt, am Odeonsplatz sein Publikum in Bann schlug. Vielleicht sind die Bayern doch empörungsfähig, es dauert nur ein wenig länger. Christian Ude hielt auch eine tolle Rede. Und die jungen Leute waren plötzlich auf den Straßen. Mit selbst gemachten Kostümen und Transparenten. So isch na au wieder net.

Doch für die Umwelt hat sich dieses politische Erwachen leider noch nicht ausgewirkt. Umweltthemen sind derzeit nicht besonders cool. Vielleicht noch, wenn's um niedliche Pandabären oder Robbenbabys geht. Aber bestimmt nicht bei der Ökosteuer. Sagen Sie mal auf einer gemütlichen Party, dass Sie für die Ökosteuer sind. Da stehen Sie einsamer da als ein Aussätziger. Ich weiß, wovon ich spreche.

2. Die Agenda 21 und ihr grosser Auftrag an uns alle

Es gibt natürlich auch tolle Initiativen in München, zum Beispiel ist die Stadt Teil des internationalen Agenda 21-Prozesses. Vor lauter Agenda 2010 wissen nur noch die wenigsten, was Agenda 21 bedeutet. Etwas ganz großartiges. Think global – act local! Auf deutsch also: Die weltweiten Umweltziele, z.B. von Kioto oder Johannesburg, sollen vor Ort propagiert und praktiziert werden. Da gibt es zum Beispiel einen Beschluss, den hat der Stadtrat bei nur einer Gegenstimme verabschiedet, da steht ein sehr großer Satz drin. Man muss ihn auf der Zunge zergehen lassen:

Von München soll kein Schaden ausgehen.¹

Papier ist geduldig. Das beweist leider auch dieser Satz. Weiß die Stadt eigentlich, welches großes Wort sie da verabschiedet hat per Stadtratsbeschluss?

Klar, von München werden zum Beispiel keine Interkontinentalraketen verschossen. Kunststück – Deutschland hat ja gar keine. In München gibt's auch keine Atomwaffen, München ist atomwaffenfreie Zone. Am Atomkraftwerk Ohu, das kennt OB Deimer gut, weil es nur 8 Kilometer von Landshut entfernt ist, ist München freilich immer noch mit 25 Prozent beteiligt. Doch seither hat die rotgrüne Regierung den Atomkompromiss mit der Industrie geschlossen. Irgendwann ist also Schluss mit Ohu.

¹ Wortlaut: München und seine Bürgerinnen und Bürger sind sich ihrer Verantwortung für die EINE WELT bewusst, z.B. für faire Wettbewerbsbedingungen im Welthandel, und stimmen in dem Ziel überein, dass von München kein Schaden ausgehen soll.

Außerdem ist München führend in Sachen Mülltrennung. Großartig. Auch meine Familie arbeitet hart daran. Manche Küche in Deutschland sieht schon mehr wie eine Mülltrennungsstelle aus als wie eine Küche. Wer den Müll sauber trennt, wird sich schon aufgrund der damit einhergehenden großen Mühewaltung bemühen, möglichst wenig Müll zu produzieren.

Aber reicht das? Also zurück zu dem Satz aus der Agenda-Erklärung des Stadtrats. Ich finde ihn so wichtig, dass ich ihn wiederhole.

Von München soll kein Schaden ausgehen.

Famose Formulierung. Nur: Schaden für die Umwelt entsteht manchmal leider schon aus ganz harmlosen Sachen. Zum Beispiel aus CO₂, das wir schon produzieren, wenn wir nur atmen. Wer wird denn was gegen die Produkte unseres Atems haben? Hat nicht Gott selbst dem Adam den Atem eingehaucht? Wer atmet, sündigt doch nicht!

Wie kann also der sündigen, der CO₂ ausstößt? Und wieso soll beim BMW Sünde sein, was beim Menschen keine ist? Da soll sich noch einer auskennen!

Der jährliche CO₂-Ausstoß der Bundesrepublik liegt bei rund 837 Millionen Tonnen. **Auf München entfallen davon ca. sieben Millionen Tonnen.** Also fast ein Prozent – immer noch ein ganz schöner Batzen. Aber was bitte soll daran schlimm sein?

Die Antwort liegt schon bei Paracelsus, mit richtigem Namen Philippus Theophrastus Bombastus von Hohenheim (1493-1541). *Dosis facit venenum* – erst die Menge macht den Stoff zum Schadstoff. Die Bush-Regierung weigert sich bis heute, CO₂ als Schadstoff anzuerkennen. Sie wird dafür von vielen amerikanischen Wissenschaftlern kritisiert, auch von der New York Times.

Wir sind nicht gegen Amerika. Wir sind nur gegen Ignoranten!

Und man muss schon ein Ignorant präsidienmäßigen Ausmaßes sein, wenn man die CO₂-Problematik bestreiten will. Insofern ist Bush ein ganz großer Präsident. Wie heißt es so schön auf Englisch? *Ignorance is bliss*. Bush scheint mir hier in besonders hohem Maße gesegnet. Ein Segen, wenn ihn die Amerikaner bald abwählen würden.

Bush würde übrigens sagen, wo ist das Problem? Wir haben doch noch das Öl in Alaska. Wissen Sie, wo mir das vorkommt? Wie jemand, der seinen Ofen mit Holzbohlen heizt, die er aus dem Fußboden oder Keller seines eigenen Hauses holt. Wenn man ihn dann darauf hinweist, dass das nicht lange gut gehen kann, dann ist die Antwort: Kein Problem – wir haben doch noch Holz in der Garage. Und notfalls können wir noch das Dachgestühl verheizen, das ist auch aus Holz.

Wir in Bayern sind natürlich keine Ignoranten. Denn unsere Energieversorgung beruht schließlich nur auf Holz. Doch leider nicht aus frisch angebaute Bioholz. Eher muss man sagen: Ehemaliges Holz, sehr ehemaliges Holz, ungefähr 5 Millionen Jahre altes Holz. Wir merken das nur nicht, weil wir es anders nennen. Unser Holz heißt nicht Holz, sondern Braunkohle, Steinkohle, Erdöl, Erdgas. Die fossilen Energien sind alle aus Wäldern entstanden, also aus Sonnenenergie. Die Wälder wurden verschüttet, die Erdkruste drückte solange drauf, bis Kohle, Erdöl oder Erdgas daraus entstanden.

Das Ergebnis verheizen wir jetzt. Was wir damit erwirtschaften, nennen wir Bruttonutzenprodukt und kaufen uns schöne Sachen davon.

Aber Bush ist dumm und wir sind schlau. Soviel zum Thema von *Ignorance and Bliss*, auf Deutsch etwa: Selig die Ahnungslosen – denn sie wissen nicht, was sie tun!

3. Sonnenenergie, Ökosteuer und Adam Smith

Wenn wir schon beim Segen sind. Der wahre Segen kommt von oben. Nämlich von der Sonne. Die schickt uns jeden Tag mehr Energie, als wir je brauchen können. Wir sind nur zu dumm, die Sonnenenergie zu nutzen. Wir müssen also lernen, statt Kohle und Erdöl und Erdgas – also statt fossiler Sonnenenergie, die Millionen Jahre lang in der Erde steckte, und scheinbar so bequem zu ernten ist – aus der Sonnenstrahlung die frische Sonnenenergie zu pflücken. Das ist das Ziel. Dass wir dahin müssen, das sehen viele so.

Aber, wenn ich mal einen berühmten Sozialdemokraten zitieren darf: Der Weg ist alles, das Ziel ist nichts. Auf die Ziele kann man sich oft leichter verständigen. Das Ziel Sonnenenergie verfolgen viele. Aber der Weg zur Sonnenenergie, um den geht es.

Das britische Wirtschaftsmagazin *Economist* schrieb einmal ein großes Heft zur Umweltkrise. Dort stand der schöne Satz: *The stone age did not end because the world ran out of stones*. Was heißt das für uns? Wir können und dürfen nicht warten, bis das Öl zu Ende ist. Das wäre zu spät. Das Sonnenzeitalter muss früher beginnen. Wir müssen schon heute den Weg zur Sonnenenergie einschlagen.

Und auf diesen Weg gelangen wir nicht ohne die Ökosteuer. Die Ökosteuer ist der einzige Wegweiser, mit dem die Märkte den Weg ins Solarzeitalter finden. Und der Emissionshandel könnte dazu noch die richtigen Leitplanken liefern, damit unser Fahrzeug nicht vom Weg abkommt.

Wir brauchen die Ökosteuer, weil die heutigen Marktpreise nicht die Wahrheit sagen. Sie belügen uns. Sie machen uns vor, dass das Öl billig ist. Trotz dem bisschen Ökosteuer, das wir bisher haben – es ist immer noch viel zu billig.

Die Preise müssen die ökologische und die ökonomische Wahrheit sagen, sonst führen sie uns in die Irre. Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn Preise die Wahrheit sagen. Das hätten wir schon bei Adam Smith lernen können. Aber wer hört schon auf den alten Schotten?

Spätestens jetzt muss ich Ihnen erklären, warum ich heute einen Adam-Smith-Schlips trage, und warum Adam Smith eigentlich bei dieser Geburtstagsparty dabei sein müsste. Josef Deimer haben wir heute eingeladen, nicht nur weil er einer der beliebtesten OBs in Bayern ist, nicht nur weil er ein liberaler Christ und ein grüner Konservativer ist, nicht nur, weil Landshut – wie München – eine herrliche Stadt ist.

Sondern weil er, wie kein zweiter, Adam Smith und die Ökosteuer in einem einzigen Satz zusammengebracht hat. Niemand hat die Ökosteuer so klassisch auf den Punkt gebracht wie Josef Deimer:

Für Geld tun die Leute alles, auch das Gute.

Das ist wirklich gut formuliert, und sehr originell. Aber der Originalgedanke ist, so leid es mir tut, nicht von Josef Deimer, sondern von Adam Smith. Denn er hat als erster verstanden, dass Eigennutz und Gemeinwohl sich keineswegs ausschließen. Natürlich dachte man damals so – 1750 Jahre Christentum bleiben nicht ohne Folgen. Das Christentum hat die zwei Prinzipien so lange gegeneinander ausgespielt. Viele denken noch heute so und können nicht verste-

hen, dass marktwirtschaftliches Streben nach Eigennutz und Gemeinwohl keinen Gegensatz bilden müssen.

Interessanterweise gibt es zwei Arten von Leuten, die für das Zusammenspiel von Egoismus und Altruismus wenig Verständnis haben: Die besonders frommen Christen und die besonders radikalen Liberalen.

- Manchmal bekommen wir Briefe von moralisch geprägten Umweltschützern, oft aus christlicher Tradition, die schreiben dann etwa: Ökosteuern und Zertifikate, das ist doch nur ökologischer Ablasshandel – da kann man sich von seinen Sünden freikaufen. Diese Leute haben gleichzeitig Recht und Unrecht. Entscheidend für die Umwelt ist nicht das gute Motive oder gute Gewissen, sondern letztlich nur das Handeln.
- Die anderen, die das komplizierte Zusammenspiel beider Antriebe überhaupt nicht verstanden haben, sind die heutigen neoliberalen Vereinfacher – also gerade die, die sich am liebsten die Adam-Smith-Schlipse um den Kragen binden. Bei ihnen wird die mögliche Harmonie von Eigeninteresse und Gemeininteresse brutal verkürzt. Je eigenütziger einer handelt, desto mehr nützt er dem Gemeinwohl, so hört sich das mitunter an. Da wird der Altruist schon fast zum Schädling am Gemeinwohl.

Wenn er solche Verdrehungen und Vereinfachungen mitbekäme, müsste der alte Adam Smith sich pausenlos in seinem schottischen Grab umdrehen. Wahrscheinlich würde er ausrufen: Liberale aller Länder, verzeiht mir – aber das habe ich nicht gewollt!

Das kann es nicht sein. Wir ehren heute gern unseren Referenten Josef Deimer, aber wir ehren ebenso Adam Smith. Man kann die Leute auch mit Geld dazu bringen, das Gute zu tun – und Geld ist vielleicht wirksamer als viele andere Dinge.

Das gilt übrigens auch für den FÖS. Auch wir brauchen Geld, um das Gute zu tun. Gern auch Ihr Geld, meine Damen und Herren. Es ist keineswegs verboten, Mitglied oder Spender beim FÖS zu werden.

Wir brauchen das Geld übrigens auch für ein ganz bestimmtes Projekt, das wir hier und heute der Öffentlichkeit vorstellen. Damit der alte Schotte wieder mehr Gehör findet, wird der FÖS noch 2004 einen **Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik** ins Leben rufen. Ich kann Ihnen jetzt schon verraten, wer ihn nicht bekommen wird. Diejenigen, die Smith dauernd im Munde führen, aber ihn im Herzen nie verstanden haben. Der Preis soll mit 5.000 Euro dotiert werden – die müssen wir aber erst noch bekommen.

4. Emissionshandel in Deutschland und Europa – kein Ersatz, sondern sinnvolle Ergänzung der Ökosteuer

Die Freude über den heutigen Geburtstag der Ökosteuer ist leider gerade in dieser Woche empfindlich getrübt worden. Dabei hätte der erste April nicht nur Geburtstag der Ökosteuer sein können, er hätte auch zum Geburtstag eines großartigen neuen Instruments werden können: Der Mengenbegrenzung von CO₂-Emissionen durch den so genannten Emissionshandel.

Ich sage nicht, wer unsere Feierfreude getrübt hat, aber ich gebe Ihnen einen Tipp: Da ist mal ein wieder ein gewisser *Clemefant* durch den Umweltladen gestolpert und hat ziemlich viel Umweltporzellan zerschlagen.

Das letzte Mal, als dieser Elefant durch die Umweltpolitik stolperte, führte er einen Windmühlkampf gegen die deutsche Windenergie. Dabei ist das – trotz aller Schwächen – einer der ganz großen Pluspunkte der deutschen Umweltpolitik. Deutschland exportiert heute weltweit seine Windenergietechnologien, in der Windenergie sind mehr Arbeitsplätze entstanden als in der konventionellen Energiewirtschaft.²

Schon heute sind insgesamt im Bereich der Erneuerbaren Energien in ganz Deutschland über 130.000 Arbeitsplätze entstanden – mit steigender Tendenz. Dies sind mehr Arbeitsplätze, als die Atom- und Kohlebranche zusammen aufbringen, obwohl deren Anteil am Strommarkt etwa zehnmal so groß ist.³

Der so genannte Kompromiss zwischen Wirtschafts- und Umweltminister ist in Wahrheit kein Kompromiss, sondern eine schwere Belastung der Einführung des Emissionshandels in Deutschland.

Sie fragen sich vielleicht, warum sich ausgerechnet der Vorsitzende des Fördervereins ökologische Steuerreform für den Emissionshandel stark macht. Sind wir nicht Anwälte eines konkurrierenden Instruments? Natürlich glauben wir, dass die Ökosteuer vieles kann, was die so genannten Zertifikate nicht können.

Aber das gerade ist der Punkt! Es geht heute nicht mehr um kindische Konkurrenz der Umweltinstrumente und ihrer jeweiligen Fürsprecher. Das ist was für Besserwisser und Verbandslobbyisten.

Es geht um die Umwelt, nicht um den Sieg dieses oder jenen Instruments. Die Rettung der Umwelt braucht alle Instrumente! Selbst wenn wir alle heute bekannten Instrumente zusammenlegen, sind wir noch weit von dem entfernt, was für einen Kurswechsel in Richtung Nachhaltigkeit notwendig ist.

Wahre Freunde der Umwelt spielen die Instrumente nicht gegeneinander aus. Sie tun das genauso wenig wie die richtige Mutter in der Parabel von Salomons Urteil. Die echte Mutter war eher bereit, ihr Kind der falschen Mutter zu überlassen, als zu dulden, dass der Richter das Kind mit dem Schwert in zwei Hälften teilt.

Genau so ist es in der Umweltpolitik. Das Gegeneinanderausspielen ist ein Spiel nur für diejenigen, die weit davon entfernt sind, die Breite und Tiefe des Umweltproblems wirklich ernst zu nehmen. Die anderen wollen alle vernünftigen Instrumente und aus jedem Instrument das Beste herausholen.

Man spricht heute viel von Wundern, ob von Bern oder Lengede. (Man könnte auch vom Wunder vom Marienplatz sprechen, weil heute so viele gekommen sind.)

² Arbeitsplätze Windenergie: 1996: 7000; 2004: 40.000, also in den letzten 8 Jahren auf 40.000 fast sechsfach. Gleichzeitig gingen im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes bei der klassischen Energiewirtschaft nach Angaben der Gewerkschaften allein 40.000 Arbeitsplätze in den letzten vier Jahren verloren.

³ Schade, dass neuerdings auch der Spiegel gegen die Windenergie ins Horn bläst. Früher war die Umweltberichterstattung des Spiegels noch von Engagement und Sachkunde geprägt – sie bildete eine der ganz wenigen hämefreien Zonen des Magazins. Doch diese Zeit scheint heute sehr, sehr lange her.

Aber die Einführung des Emissionshandels in Europa darf man wirklich ein politisches Wunder nennen. Oder muss ich schon sagen: sie hätte eines werden können? Ein Wunder noch dazu bestehend aus mehreren Teilwundern:

- Das erste Teilwunder bestand darin, dass die Europäer, die sonst so oft zerstritten sind, sich geeinigt haben, nach den Prinzipien von Kioto zu verfahren, obwohl Kioto noch immer nicht ratifiziert ist. Wir warten weiter auf die Zustimmung Russlands – und trotzdem hat sich Europa auf die Kiotoziele verpflichtet und führt den Emissionshandel ein.
- Das zweite Teilwunder liegt darin, dass ausgerechnet ein völlig neues, bisher kaum erprobtes Instrument zum erklärten Hebel der europäischen Umweltpolitik wird. Vom Lehrbuch zum Gesetzbuch in knapp einer Dekade – das hat es noch selten gegeben!
- Das dritte Teilwunder kann man darin sehen, dass die Europäer ein Instrument zur Politikreife bringen, das die Amerikaner als erste erfunden und getestet haben. Oft genug ist es umgekehrt, zumindest in der Wirtschaft.

Und dieses dreifache Wunder ist jetzt ausgerechnet durch Deutschland gefährdet!

- Ausgerechnet durch Deutschland, das doch zurecht stolz sein kann auf seine innerhalb Europas relativ fortschrittliche und vorbildliche Umweltpolitik – zum Beispiel auf die Ökosteuer.
- Ausgerechnet durch Deutschland, das doch gerade erst blaue Briefe bekommen hat, weil es das Maastricht-Abkommen verletzt hat. Müssen wir jetzt schon zum zweiten Mal in kurzer Zeit ein zentrales europäisches Anliegen verletzen?
- Ausgerechnet durch Deutschland, das seine bisherigen Erfolge im Abbau von Kohlenstoffdioxid hauptsächlich dem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft verdankt, und nur zu einem viel kleineren Teil echten eigenen Anstrengungen und Einsparungen auch in den alten Bundesländern.

Und jetzt stellt Deutschlands Wirtschaftsminister sich hin und erklärt, wir setzen die Emissionshandelsrichtlinie nicht richtig um, weil die anderen es auch nicht tun werden. Das ist doch die Moral von Kindergartenkindern, wo der kleine Hansi sagt, ich darf meinen Tisch verkleckern, weil auch die kleine Resi immer ihr Müsli verschüttet!

Nach den Beschlüssen des Berliner Kabinetts sollen die CO₂-Emissionen von Industrie und Energiewirtschaft bis 2007 um 0,4 Prozent und bis 2012 um weitere 1,6 Prozent reduziert werden. Das sind in den ersten 7 Jahren sage und schreibe 2 Prozent. Ich kann hierin beim besten Willen keine Überforderung der Industrie erkennen! Ich kann darin aber auch die Ziele von Kioto, die Ziele einer rot-grünen Koalition und die Versprechungen der Industrie nicht mehr erkennen!

Jahr	2002-2004 (Basisperiode)	2005-2007	2008-2012
Emissionsbudget in Mio. Tonnen CO ₂ (Industrie und Energiewirtschaft)	505	503	495
Abbau zur Basisperiode	-	- 2	- 10
CO ₂ -Reduzierung in Prozent pro Jahr zur Basisperiode	-	- 0,13 %	- 0,32 %

Der Wirtschaftsminister sagt, der Emissionshandel wurde die Ökosteuer überflüssig machen. Daran ist nur eines richtig, mit dieser Art von Politik, mit dieser Art von Umweltpolitik, bringt man beide Instrumente ins Zwielicht. So kastriert, wie der Emissionshandel jetzt starten soll, ist er wirklich kein Konkurrent für die Ökosteuer.

Wir können nur hoffen, dass die Bundestagsfraktion der SPD an dieser Stelle noch einmal ganz, ganz gründlich nachdenkt.

Man sollte sich auch von der Industrie nicht ins Boxhorn jagen lassen, deren Sprecher Rogowski erklärte, der Emissionshandel sei überflüssig wie ein Kropf. Das ist doch ein Hase-und-Igel-Spiel, das die Industrieverbände uns vorführen in der Instrumentendebatte:

- Als die Umweltpolitik in Deutschland begann, setzte die Politik auf das älteste Instrument, das so genannte Ordnungsrecht. Verboten und Vorschreiben, Command and Control. Die damalige Antwort der Industrie-Igel: Ordnungsrecht ist bürokratischer Mist, wir wollen marktwirtschaftliche Umweltinstrumente!
- So weit, so gut. Das wollen wir auch. Und haben auch ein bisschen mitgeholfen, dass mit der Ökosteuer vor fünf Jahren, am 1. April 1999, endlich ein echt marktwirtschaftliches Instrument verwirklicht wurde. Doch wer auf Beifall der Industrie gehofft hatte, sah sich getäuscht.

Schon hatte der flinke Igel eine neue Idee. Ökosteuer, das ist doch nur staatliche Abzocke und schadet der Wettbewerbsfähigkeit. Das wirklich gute marktwirtschaftliche Instrument, das ist der Emissionshandel. Das kennen wir von der Börse – da kriegt man Zertifikate, und mit denen kann man Handel treiben. Weg mit der Ökosteuer, her mit den Zertifikaten.

- Dass die Zertifikate dann viel schneller kamen, als alle erwartet hatten, hat selbst die schlaunen Igel von den Industrieverbänden erst einmal kalt erwischt. So ernst war das eigentlich auch nicht gemeint. Aber der flotte Igel war auch diesmal nicht um die Antwort verlegen.

Marktwirtschaftliche Instrumente schön und gut – aber bitte nicht bei uns. Wir würden am liebsten selbst bestimmen, wie viel Umweltschutz wir brauchen. Lasst uns doch lieber freiwillige Vereinbarungen treffen!

- Bei soviel Chuzpe auf Igelseite kommen die armen Hasen von Umweltpolitikern nicht mehr mit. Sie brechen tot am Feldrand zusammen. Freiwillige Vereinbarungen – wäre das nicht auch ein Modell für die Unternehmenssteuerreform? Dann könnten die Unternehmensverbände selbst bestimmen, wie viel Steuern sie noch bezahlen wollen. Ein ungeheurer Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit liegt vor uns am Horizont der Möglichkeiten. Sollten wir da nicht zugreifen?

Ich glaube, ich habe es schon angedeutet. Es gibt nicht wenig in der Umweltdebatte, was mich irgendwie an einen Kindergarten erinnert. Bei Kindergartenkindern soll das Hase-und-Igel-Spiel übrigens auch sehr beliebt sein.

5. Fünf Geburtstagswünsche

Wir werden uns weder von Igeln und Hasen noch von Elefanten und anderen großen Tieren aus Berlin die Freude an der heutigen Geburtstagsfeier verderben lassen. Und wenn man schon Geburtstag feiert, dann darf man sich auch etwas wünschen.

Wunsch Nummer eins geht an Gerhard Schröder:

Lieber Bundeskanzler, bitte Sorge endlich dafür, dass nicht mehr ausgerechnet die eigenen Leute in Berlin die Umwelterfolge der Koalition kaputt machen.

Wir kriegen genug feindliches Feuer von den Lobbys und anderen Gegnern einer konsequenten Umweltpolitik. Das letzte, was wir da brauchen, ist „friendly fire“ aus den eigenen Reihen.

Wunsch Nummer zwei geht wieder nach Berlin, ein bisschen auch nach München. Es ist bitter, dass ausgerechnet zum heutigen Tag der MVV die Preise anheben muss.

Schon klar, lieber Christian Ude: Die Städte haben kein Geld mehr. Wir wissen aber gleichzeitig, dass zum Beispiel der Dieseltreibstoff für Pkw um 18 Cents billiger ist als das Benzin. Nach fünf Jahren macht die Ökosteuer für beide Treibstoffe nur insgesamt 15 Cents aus.

Wer also auf Diesel umsteigt, der kann für sich die Ökosteuer abschaffen – und das tun immer mehr Bürger. Neuerdings sind über 50 Prozent aller neu zugelassenen Autos Dieselaautos. Ich mache keinem Bürger dafür den geringsten Vorwurf. Jeder muss sehen, wie er zurecht kommt. Die Leute steigen ja nicht auf Diesel um wegen des Wohlgeruchs.

Mein Vorwurf richtet sich vielmehr an die Politik. Warum macht die Politik dieses Schlupfloch nicht zu, bevor alle Pkws in Deutschland auf Diesel umgestiegen sind? Der FÖS hat dazu Vorschläge gemacht, sie wurden auch schon von anderen aufgegriffen. Nur bisher noch nicht in Berlin.

Ich wünsche mir für die Zukunft andere Schlagzeilen in den Zeitungen. Ich wünsche mir, dass die Leute lesen, dass Diesel für Pkws schrittweise so teuer wird für Benzin, und dass sie nicht mehr lesen müssen, dass der öffentliche Nahverkehr schon wieder teurer wird.

Und ich kann mir schon denken, was sich Oberbürgermeister Ude dabei wünscht – dass der Bund von dem Geld aus der höheren Dieselsteuer auch den Städten etwas abgibt. Wir wünschen gern mit Dir, dass dieser Dein Wunsch erfüllt werden möge, lieber Christian.

Wunsch Nummer drei geht an die schöne Stadt München und ihre Bürger.

Liebe Münchner, wir lieben die Stadt und das schöne Leben hier genauso wie alle anderen auch. Wir engagieren uns ja nicht für die Umwelt, weil wir ein schlechteres Leben wollen – wir wollen nur auch für unsere Kinder, und deren Kinder, ein mindestens ebenso schönes Leben wie heute. Und da müssen wir ein bisschen auf den Planeten achten, nicht nur aufs Münchner Kindl.

Und deshalb wünschen wir uns, dass Ihr euch nicht nur ereifert, wenn es zum Beispiel um die Hochhäuser im Münchner Luftraum geht. Sondern ereifert Euch bitte genauso über die Frage, was sonst noch so in Eurem Luftraum zu finden ist – zum Beispiel das viele CO², das wir alle da hinein blasen, mit unseren Autos, unseren Heizungen und unserem Stromverbrauch.

Wunsch Nummer vier geht an die Eliten – an alle, die sich dazu rechnen, an die, die vielleicht wirklich dazugehören, und die, die gern dazu gehören würden.

Die Eliten sind für uns deshalb ein wichtiges Thema, weil wir ihr Engagement für die Umwelt brauchen – bisher ist das oft nicht so recht zu erkennen.

Man redet ja neuerdings wieder viel von den Eliten, man will auch mehr für sie tun. Alles schön und gut. Einerseits gilt wohl, jedes Land hat die Elite, die es verdient. Wir zum Beispiel die hundert besten Deutschen, darunter so verdiente Gestalten wie Daniel Küblböck, Dieter Bohlen und James Last.

Andererseits gilt genauso, jedes Land verdient eine gute Elite, eine Elite, die diesen Namen auch wirklich verdient. Selbst das arme Deutschland braucht eine solche Elite – nachdem es so lange unter unfähigen oder verdorbenen Eliten leiden musste, vielleicht sogar mehr als andere Länder.

Daher eine kleine Empfehlung an diejenigen, die sich selbst zur Elite rechnen, oder ihre Kinder dazu machen wollen. Gehen Sie mal nach Dachau, das liegt noch näher bei München als das schöne Landshut, und schauen Sie sich die Namen derjenigen an, die dort inhaftiert waren. Und achten Sie nicht nur auf die Namen, sondern vor allem auf die Berufe. Das waren nicht unbedingt Berufe von Leuten, die man damals zur Elite zählte.

Sie finden dort kaum höhere Beamte, Professoren, Adlige, Unternehmer. Sie finden dort vor allem die Namen von einfachen Leuten, von Schlossern und Maurern, von kleinen Angestellten und kleinen Handwerkern.



Heute wissen wir: Die dort als erste inhaftiert wurden, das war in Wahrheit eine Elite. Das waren Menschen, denen ihre Prinzipien wichtiger waren als das, was damals „in“ war, was en vogue war. Das waren Menschen, die für Freiheit eintraten, für Menschenwürde, für Anstand – und für eine demokratische Zukunft unseres Vaterlands. Natürlich nicht ohne zeitbedingte Irrtümer. Aber auch für die Irrtümer haben sie mehr als gebüßt.

Wenn wir das ins Heute übersetzen, kann es doch nur eine Frage an die heutigen Eliten geben: Wie wichtig sind Euch heute die Prinzipien, wie wichtig ist Euch die Zukunft, wie wichtig ist Euch die Verantwortung für die Nachgeborenen?

Nicht nur meine Generation hat die Generation der Hitlerjahre immer und immer wieder gefragt: Wie konntet ihr das nur geschehen lassen?

Ich wünsche uns eine Elite, die sich auch für die Umwelt engagiert – und zwar nicht nur für niedliche Pandabären. Und ich wünsche unseren Eliten, uns allen und natürlich mir selbst, dass es für uns nicht später genau so peinlich wird, wenn unsere Kinder uns einmal ähnliche Fragen stellen. Wir brauchen eigentlich gar nicht zu warten, wir müssen nur hinhören.

Denn unsere Kinder stellen uns die Fragen ja heute schon! Warum gibt es eigentlich so viel Umweltzerstörung, fragen sie uns schon jetzt, und was tut ihr eigentlich dagegen? Und sie werden die gleichen Fragen noch lauter und klarer stellen, wenn sie einmal groß sind. Nur dann ist es vielleicht schon zu spät.

Wunsch Nummer fünf am fünften Geburtstag der Ökosteuer gilt natürlich der Ökosteuer selbst.

Ich wünsche mir, dass wir in fünf Jahren wieder hier zusammen kommen. Ich wünsche mir, dass es dann nicht heißt, ja damals, da hatten wir noch die Ökosteuer, und dann kamen die Merkel und der Stoiber, und die haben die Ökosteuer abgewerkelt und weggeräubert.

Wir vom FÖS haben zwar als Privatpersonen politische Präferenzen, als Verein sind wir natürlich überparteilich. Ein ehemaliger österreichischer Vizekanzler und ÖVP-Vorsitzender ist sogar in unserem Beirat, Josef Riegler. Wir haben auch ein prominentes Mitglied der bayerischen CSU darin, heißt auch Josef, aber Göppel. Und daher unterteile ich unseren fünften Wunsch vollkommen überparteilich in folgende Unterwünsche:

- Möge die himmlische Eingebung in Sachen Ökosteuer auch die bayerische Staatskanzlei erreichen! Zur Not genügt vielleicht auch ein Rechenstift, denn Bayern ist Nettogewinner der ökologischen Steuerreform.
- Mögen die christlichen Tugenden der Sparsamkeit, der Fürsorge, der Verantwortung für eine umweltgerechte Zukunft auch ins Herz der ehemaligen Umweltministerin Angela Merkel wieder einziehen! Auch sie wird die Ökosteuermilliarden brauchen, denn ohne sie ließe sich die Kopfpauschale ihrer Sozialreform nicht finanzieren.
- Möge künftig auch in der Berliner Umweltpolitik etwas mehr Trittin und etwas weniger Clement herrschen! Denn Wahlen werden nicht nur in NRW geschlagen – es gibt auch die Stimmen derjenigen, denen auch die Umwelt am Herzen liegt.
- Und möge auch Guido Westerwelle dem Gaudiliberalismus entsagen und sich seines großen Vordenkers Adam Smith erinnern! Denn Adam Smith war nicht nur der Erfinder der Marktwirtschaft, er war auch Moraltheologe, was oft vergessen wird.

Unsere Kinder würden es allen Genannten danken, egal wer im Jahr 2009 im Kanzleramt sitzt.

Heute bin ich es, der zu danken hat: Unserem Sponsor, unseren Mitinitiatoren, unseren Referenten, der Stadt München für ihre Gastfreundschaft – und Ihnen allen für Ihr Kommen, für Ihre Geduld, und fürs Zuhören.

STEFAN VETTER

MITARBEITER DES FÖS

ARTIKEL ERSCHIENEN IN DEN MÜNCHNER STADTGESPRÄCHEN NR. 33, MAI 2004

UMWELTVERSCHMUTZUNG MUSS KOSTEN?

Am 1. April feierten 120 „Ökosteuer-Fans“ im großen Sitzungssaal des Münchner Rathauses deren fünften Geburtstag. Gerade zwei Tage zuvor hatte Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), im Deutschlandradio die Ökosteuer in ihrer jetzigen Form als „etwas völlig Falsches“ bezeichnet.

Wer freut sich denn schon darüber, dass man mehr fürs Benzin zahlen muss? Doch höchstens die radikalen Radfahrer und realitätsfernen Alt-Ökos. Dazu gehörten aber sicher die wenigsten Teilnehmer der Veranstaltung, die vom Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) zusammen mit der Landeshauptstadt München, der Louisoder-Stiftung und einigen Umweltverbänden organisiert wurde. Prominente Redner wie die Bürgermeister von München und Landshut, Christian Ude und Josef Deimer, sowie Prof. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern, betonten die Wirksamkeit und Notwendigkeit einer Besteuerung nach ökologischen Gesichtspunkten. Als Motto der Feier diente ein Ausspruch von Josef Deimer: „Für Geld tun die Leute alles – auch das Gute.“

Finanzierung der Rente

Christian Ude befürwortete die Verwendung der Ökosteuererinnahmen zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge. Er erinnerte an die „beklemmende Logik“ der BILD-Zeitung, die zur Abschaffung der Ökosteuer aufrief, nachdem die Beiträge trotzdem gestiegen waren, wenn auch weitaus geringer als ohne Ökosteuer. Dabei dürften gerade in ökonomisch schwierigen Zeiten ökologische Ideen nicht als „Teufelszeug“ diffamiert werden, wie dies derzeit durch „Wirtschaftsminister auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen“ geschehe.

Um jeglichem Verdacht entgegenzuwirken, er beginge „Verrat an kommunalen Interessen“ rechnete der OB die Be- und Entlastungen durch die Ökologische Steuerreform am Beispiel Münchens vor. Im Fünfjahreszeitraum von 1999 bis 2003 musste die Stadt insgesamt knapp 27 Millionen Euro zusätzlich aufwenden, wurde jedoch durch die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge um 24,5 Millionen Euro weniger belastet. Drei Millionen Euro in fünf Jahren: nur ein Bruchteil dessen, was der Stadtkämmerei jährlich vom Gesetzgeber in Berlin versehentlich aufgebürdet werde.

Als Vorsitzender der Gremien des MVV mahnte Ude allerdings eine Weiterentwicklung der Ökosteuer an: „Gewisse Teilbereiche des Wirtschaftslebens und Verkehrsgeschehens müssen differenziert behandelt werden. Vor allem für den ÖPNV müssen Ausnahmeregelungen gelten.“ Unterstützung erhielt Udes Forderung von Anselm Görres, dem Vorsitzenden des FÖS. Der als umweltpolitische Vordenker innerhalb der CSU bekannte Josef Deimer setzte sich kritisch mit den bislang eingetretenen Umwelteffekten der Steuer auseinander. Nachdem die Rentenversicherungsbeiträge trotz Ökosteuer gestiegen seien, könne man zudem eine breitere Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen, wenn der größte Anteil der Einnahmen für Umweltprojekte verwendet würde.

„Vor zehn Jahren habe ich gesagt, dass Strom zu billig ist. Dafür habe ich Prügel bezogen, aber die Forderung nach einer Verteuerung erhebe ich heute immer noch. Preise müssen die ökologische und soziale Wahrheit aussagen, sonst kommt es zu effizienter Umweltzerstörung“, so Deimer. Der Bürgermeister von Landshut, der „historischen Hauptstadt Altbayerns, umgeben von der strahlenden Schönheit der Kernkraftwerke“, forderte von seiner eigenen Partei eine „wertkonservative“ Politik mit verstärkter Berücksichtigung von Umweltthemen.

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Gegen eine undifferenzierte Wachstumsdiskussion, in der Umwelt und Arbeit als unvereinbare Gegensätze dargestellt würden, wehrte sich Hubert Weiger.

„Der Umweltschutz ist der einzige Bereich, in dem in den letzten Jahren Jobs geschaffen wurden.“

Deshalb plädierte der Vorsitzende des Bund Naturschutz in Bayern für einen gesonderten Posten „Ökosteuer-Rückerstattung“ in Rentenbescheiden und Lohnabrechnungen, um den Bürgern ihren individuellen Nutzen zu verdeutlichen.

„Seit dem Elbe- und Donauhochwasser 2002 und dem Dürrejahr 2003 sollte ohnehin jedem klar geworden sein, dass wir selbst von globalen Klimaveränderungen unmittelbar betroffen sind.“

Schließlich sei das Jahrhunderthochwasser mit 14 Milliarden Euro der drittgrößte Schadensfall der Versicherungsgeschichte gewesen. Ergänzend zur bisherigen Ökosteuer plädierte Hubert Weiger außerdem für eine Abgabe auf Kerosin. „Es ist absurd, dass die Zugfahrt von Hof nach München teurer ist als ein Flug von Hof nach Mallorca“, so Weiger.

Emissionshandel notwendige Ergänzung

Anselm Görres ging vertiefend auf das Thema Emissionshandel ein. Dieser sei kein konkurrierendes Instrument zur Ökosteuer sondern eine notwendige Ergänzung. In Berlin wünsche er



sich in Zukunft „etwas mehr Trittin und etwas weniger Clement“, innerhalb von CDU/CSU eine stärkeres Verantwortungsbewusstsein für eine intakte Umwelt. Gerade die Bayerische Staatskanzlei nehme ökologische Probleme kaum wahr. „Die Schönheit Bayerns ist vielleicht Teil unseres Problems“, konstatierte Görres. Auch deshalb werde der FÖS spätestens 2005 einen mit 5000 Euro dotierten „Adam-Smith-Preis marktwirtschaftliche Umweltpolitik“ ins Leben rufen, der

an Vordenker im umwelt- und finanzpolitischen Bereich vergeben werden soll.

Die Organisatoren legten Wert darauf, den Gästen statt eines Rede-Marathons eine richtige „Feier“ zu bieten. Deshalb wurde der ernstere Teil der Veranstaltung bewusst kurz gehalten und danach in den Kleinen Sitzungssaal eingeladen, wo alle ein Bio-Buffer und eine Geburtstagstorte erwarteten.

ANDREA SAUER

GESCHÄFTSFÜHRERIN DES FÖS

ARTIKEL ERSCHIENEN IN DEN MÜNCHNER STADTGESPRÄCHEN IM SEPTEMBER 2001

VON DER ISAR AN DIE ELBE UND ZURÜCK – DIE GESCHICHTE DES FÖS IN MÜNCHEN

So gut wie jedes Robbenbaby, jedes Müllproblem und jedes grüne Biotop hat schon eine Umweltinitiative, die sich ihrer engagiert und couragiert annimmt. Oder aber sie sind Gegenstand öffentlichkeitswirksamer Kampagnen von Agenda21, Greenpeace, BUND, WWF und vielen anderen. All dies ist äußerst begrüßenswert, nützlich und notwendig.

Für die Ökosteuer Anhänger und Fürsprecher zu finden, ist dagegen viel schwieriger. Das Thema hat alles, wovor Marketingexperten einen warnen: Es ist abstrakt, politisch, höchst kontrovers, und insgesamt wenig identifikationsgeeignet. Doch gerade weil sie keine traurigen Robbenaugen hat, die öffentlichkeitswirksam um Hilfe flehen, braucht und verdient die Ökosteuer Unterstützung. Dieser Aufgabe nimmt sich seit seiner Gründung im November 1994 der „Förderverein Ökologische Steuerreform“ (FÖS) an. Als „Single Issue Movement“ hat sich der Verein ganz dem Ziel der Förderung einer pragmatisch gestalteten Ökologischen Steuerreform (ÖSR) verschrieben, die unsere ökologische Zukunftsfähigkeit ebenso nachhaltig verbessern kann wie unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit.

Ökosteuern und Käseschachteln oder: München – Hamburg und zurück

Der ursprünglich im Bonn gegründete Verein beantragte die Gemeinnützigkeit zunächst beim Finanzamt München für Körperschaften. Denn 1994/95 wurde die Geschäftsführung von der Münchner Umweltagentur ökom wahrgenommen. Doch in der bayerischen Landeshauptstadt wurde unser Antrag abgelehnt: unter anderem, weil die politische Diskussion von Ökosteuern kein Ziel sei, das steuerliche Förderung verdiene: Da der Verein eine ökologische Ausrichtung des Steuersystems anstrebt, ist eine politische Betätigung nicht ausgeschlossen. Eine politische Betätigung ist nicht gemeinnützig.

Pikanterweise ist dieser Bescheid ausgerechnet von einer Dame unterzeichnet, die eine Weile für die CSU im Münchner Stadtrat saß, und der man später außerordentliche Großzügigkeit bei der Prüfung der Stillen Hilfe Südtirol nachsagte. Bei diesem Verein, mit dessen abgezweigten Spendengeldern der damalige Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion Bletschacher seine marode Käseschachtelfabrik zu retten suchte, wurden die Kriterien der Gemeinnützigkeit offenbar weit weniger rigide ausgelegt als in unserem Fall. Vielleicht hätten wir uns Stille Hilfe Ökosteuer nennen und jeder öffentlichen Diskussion entsagen sollen?

Dem FÖS blieb im Jahr 1995 nichts anderes übrig, als seine Satzungsziele etwas mehr in Richtung der wissenschaftlichen als der gesellschaftlichen Diskussion zu formulieren und zum Erlangen der Gemeinnützigkeit einen zweiten Anlauf in Hamburg zu nehmen, wo die Geschäftsstelle (in den Büroräumen des damaligen Vorstandsmitglieds und Hamburger Investment Bankers Münchmeyer) ein neues Domizil gefunden hatte. Dort wurde unserem Antrag ohne weiteres statt gegeben.

Im Sommer 2000 führte der Tod des damaligen Geschäftsführers zur Auflösung der Geschäftsstelle in Hamburg und zu einer Rückverlagerung nach München. Heute haben wir mit der Briener Straße 44 einen Standort im Herzen Münchens gefunden, an dem Freunde und Interessenten gern willkommen sind.

Mit Firmen wie Siemens und BMW, mit einem hohen Anteil an Versicherungen und Banken, mit zahlreichen modernen Dienstleistungsfirmen und Unternehmen der New Economy gehört die Region München und Oberbayern sicherlich zu den absoluten Nettogewinnern der ökologischen Steuerreform. Denn die Ökosteuer entlastet arbeitsintensive Dienstleistungen und belohnt progressive Branchen und Technologien mit geringer Energieintensität.

So gesehen ist es ein Jammer, dass ausgerechnet in München IHK und Wirtschaftsverbände noch immer gegen die Ökosteuer wettern, dass der ansonsten so innovationsfreudige Landesvater zu den Anführern der Benzinpopulisten zählt und unter Verletzung seines Amtseides gegen diese für ganz Bayern vorteilhafte Reform zu Felde zieht.

Würde man die Lederhose vom Kopf ziehen und stattdessen den Laptop zur Hand nehmen, so könnte man bei ein wenig guten Willens rasch erkennen, dass Bayern wahrscheinlich von allen Bundesländern am meisten von der Ökosteuer profitiert. Bayern hat wenig energieintensive Grundstoffindustrien, dafür viel arbeitsintensive Dienstleister und mit Firmen wie Siemens auch Technologieanbieter, die bei der Entwicklung energiesparender Techniken zur Weltspitze zählen. Aber auch für Herrn von Pierer scheint die Solidarität zu CSU und BDI in diesem Fall höher zu stehen als der Shareholder Value seiner AG, die von höheren Energiepreisen und verringerten Lohnnebenkosten in der großen Mehrheit ihrer Unternehmensbereiche sowohl kosten- wie absatzseitig profitieren würde.

Lokale Umzüge ändern nichts an globalen Zielen

Gleich ob München oder Hamburg – die grundsätzlichen Ziele des FÖS sind die gleichen geblieben, trotz der Anpassungen im Laufe der Zeit, die die politische Entwicklung mit sich brachte. Da der heutige Verbrauch der Industrieländer an fossiler Energie weder weltweit ausdehnbar noch zukunftsfähig ist und zudem die Langfriststabilität des Geosystems Erde gefährdet, will der FÖS auf dem Energiesektor zur wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussion beitragen. Auf dem Entwicklungspfad zu einer innovativeren, naturschonenderen und wettbewerbsfähigeren Wirtschaftsordnung hält der FÖS den Ausbau der ÖSR für das beste Instrument.

Mit diesen Zielen befindet sich der FÖS durchaus im Einklang mit der Agenda 21, wo unsere Einschätzungen geteilt werden: Besondere Aufmerksamkeit – so das Uno-Dokument zur Gründung der Agenda 21

„gebührt der durch nicht nachhaltige Verbrauchsgewohnheiten und übermäßigen Konsum bedingten Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen [...]. Einige Wirtschaftswissenschaftler [...] betonen ausdrücklich, wie wichtig es sei, bei der Festlegung gesamtwirtschaftlicher Ziele den vollen Wert des Naturkapitals in Rechnung zu stellen“

heißt es da. Auch im Maßnahmenkatalog kommt die Agenda 21 zum gleichen Ergebnis:

„Alle Länder sollen danach streben, nachhaltige Verbrauchsgewohnheiten zu fördern. [...] Ohne den Anreiz über die Preise und bestimmte Marktsignale, die dem Erzeuger und dem Verbraucher die ökologischen Kosten des Energie-, Material- und

Ressourcenverbrauchs und des Anfalls von Reststoffen klarmachen, erscheint es wenig wahrscheinlich, dass in nächster Zukunft wesentliche Veränderungen in den Verbrauchs- und Produktionsmustern eintreten“.

Nichts anderes will die Ökosteuer. Sie will fossile Energie behutsam verteuern, damit wir sie mehr als bisher als knappes Gut behandeln, statt sie in wenigen Jahrzehnten zu verheizen. Diese vom Staat bewusst herbeigeführte Verknappung ist auf jeden Fall ein Motor des technischen Fortschritts. In der Verteuerung der Energie stecken gewaltige Chancen für deutsche Ingenieure und Unternehmen, die bekanntlich viel vom Energiesparen verstehen. Schon jetzt lässt sich ein Umdenken auch in der Bevölkerung feststellen, ist doch der Benzinverbrauch in diesem Jahr gegenüber dem 1. Halbjahr 1999 um stattliche zwölf Prozent gesunken, wie der Mineralölwirtschaftsverband mitteilte.

Seine Ziele verfolgt der FÖS grundsätzlich überparteilich und unabhängig von Verbänden und Interessengruppen. Unsere Mitglieder sind Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Politiker aller demokratischen Parteien, Journalisten und eine Vielzahl engagierter Bürger. Der FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und als Anstoßgeber wie Konsensstifter in der ÖSR-Debatte, wobei die wichtigsten Zielgruppen Entscheidungsträger und Multiplikatoren sind. Besonders wichtig erscheinen uns daher Informationen zum Thema, die wir mit unserem Newsletter anbieten, und die Teilnahme an Vorträgen und Diskussionsrunden, bei denen bundesweit immer wieder Vorstandmitglieder des FÖS vertreten sind.

Sollten sie Interesse an weiterführender Literatur oder genaueren Informationen haben, einen Referenten oder Artikel zum Thema brauchen, unseren Newsletter abonnieren oder gar Mitglied werden wollen: Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung!

Vor fünf Jahren trat die Ökosteuer in Kraft

„Für Geld tun die Menschen auch das Gute“

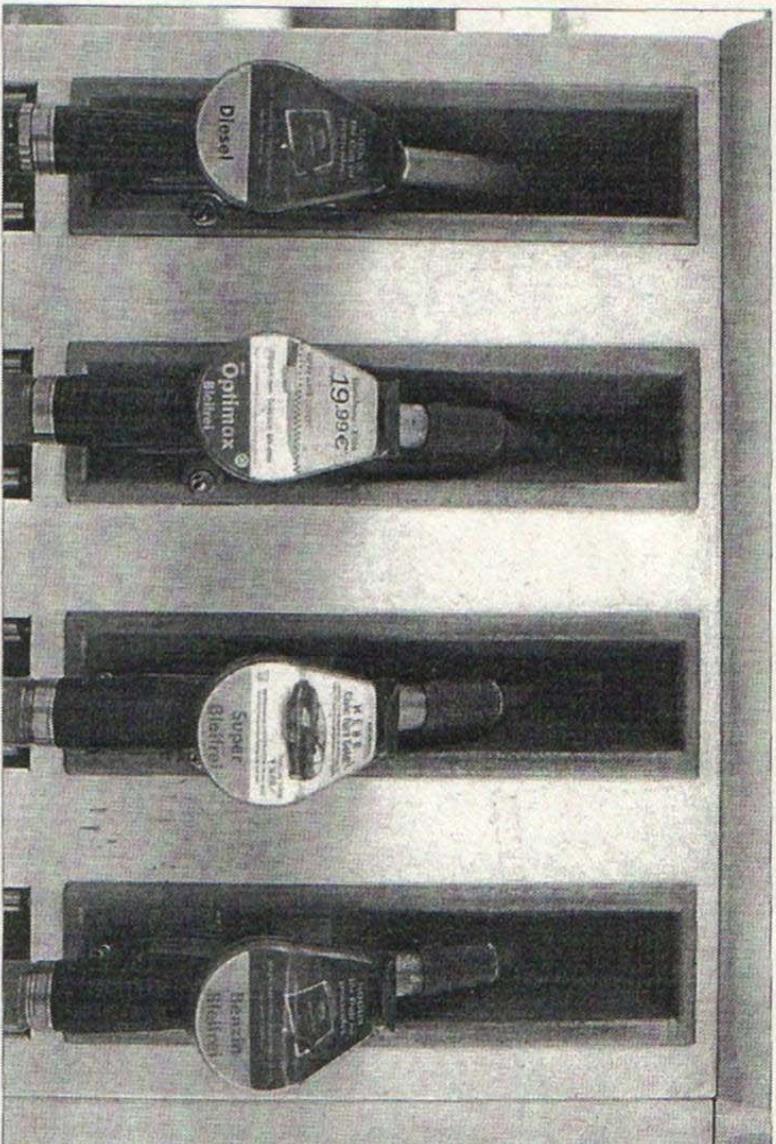
Förderverein feiert im Münchner Rathaus den Geburtstag der umstrittenen Abgabe

Von Sabine Hölper

Steuern stehen derzeit nicht in hohem Ansehen. Egal, ob Tabak-, Hunde- oder Mehrwertsteuer, jede Erhöhung, die die Politik plant, löst heftige Proteste aus. Das war bei der Ökosteuer nicht anders: wütende Lkw-Fahrer blockierten Autobahnen, Oppositionspolitiker protestierten an Tankstellen. Und doch ist die Abgabe etwas Besonderes: Sie hat nämlich – im Gegensatz zu vielen anderen Steuern – auch Fans. Zum Beispiel Anselm Görrres. Der Münchner Unternehmer ist Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform und für ihn ist der fünfte Geburtstag der Steuer durchaus ein Grund zur Freude.

Deshalb lud der Verein rund hundert Gäste in den großen Sitzungssaal des Münchner Rathauses, um den Anlass zu feiern. Die Ökosteuer, erklärte Görrres, sei ein gutes Instrument, um die ökologische Wahrheit der Preise festzustellen. Bei falschen Preisen führe der Marktmechanismus zu einer Zerstörung der Umwelt. Bisher allerdings, so kritisierte Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimner, seien die positiven Auswirkungen auf die Umwelt kaum sichtbar. „Der ökologische Gedanke hat sich nicht in der Gesellschaft etabliert, das Gesetz dient bisher nur der Sicherung der Rente.“

Auch Christian Ude musste feststellen, dass die Steuer „keinen unaufhaltsamen Siegeszug“ genommen habe. „In ökonomisch schwierigen Zeiten geht das ökologische Bewusstsein zurück“, bedauerte der OB und versetzte den Wirtschaftskapitänen einen Seitenhieb: Wer behauptet, die Ökosteuer sei ein Hemmschuh für wirtschaftliches Wachstum, habe die Idee der Abgabe nicht verstanden. „Würde die Ökosteuer gesenkt oder abgeschafft, käme es zwangsläufig zu einem Anstieg der Lohnkosten.“ Ude griff darüber hinaus die Opposition der Stadt an, die ihm einen Verrat an kommunalen Interessen vorwerfe. Der Mehrbelastung durch die Ökosteuer in Höhe von 27 Millionen Euro innerhalb von fünf Jahren stünden Minderausgaben von 24,5 Millionen Euro gegenüber. „Dieser Betrag soll-



Wegen der Preiserhöhungen an den Tankstellen hat die Ökosteuer unter den Autofahrern wenig Freunde gefunden. Im Münchner Rathaus wurde der fünfte Geburtstag der Abgabe trotzdem gefeiert.

te in einem Milliardenhaushalt kein Problem darstellen.“ Immerhin profitiere die Stadt von dem Effekt der Abgabe.

Freilich wurde auch an guten Wünschen für die Zukunft der Ökosteuer an diesem Abend nicht gespart. „Wir hoffen, dass Wirtschaftsminister Wolfgang Clement die Steuer beibehält“, lautete Görrres zentrale Forderung in Richtung Bundesregierung. Allerdings müssten die zahlreichen Ausnahmeregelungen abgeschafft beziehungsweise sinnvoller angewandert werden. Vor allem die Behand-

lung des öffentlichen Nahverkehrs müsse grundlegend überdacht werden. Ude und Görrres waren sich einig, dass es nicht sein könne, dass der MIV gezahlt werden, die Beförderungspreise zu erhöhen, weil er nicht zu den begünstigten Unternehmen zähle. „Busse und Bahnen sind die umweltfreundlichsten Verkehrsmittel, die wir haben“, sagte Ude. „Die aktuelle Fahrpreiserhöhung ist ein falsches Signal.“ Hingegen sollte die Befreiung des Flugverkehrs von der Kerolinsteuer abgeschafft und die Subvention

für die Atomkraft gesenkt werden. Um die Ökosteuer stärker ins Bewusstsein der Wirtschaftskreise zu rücken, kündigte Görrres an, voraussichtlich noch in diesem Jahr einen mit 5000 Euro dotierten Wettbewerb auszusprechen. „Wir wollen den Adam Smith Preis für umweltgerechte Marktwirtschaft vergeben.“ Der Name führt auf den schottischen Ökonomen zurück, der eine Art Vorreiter der Ökosteuer gewesen sei. Er habe erkannt: „Für Geld tun die Leute alles – auch das Gute.“

Foto: plampicture



Wir freuen uns schon auf die nächste Torte...

IMPRESSUM

Herausgeber:

Förderverein Ökologische Steuerreform e.V.
München 2004

Titel:

Happy Birthday, Dear Little Ecotax! Fünf Jahre Ökologische Steuerreform. Dokumentation der Geburtstagsfeier der Ökologischen Steuerreform im Münchner Rathaus am 1. April 2004.

Vervielfältigung:

Kopierfabrik, Adalbertstrasse 34, 80799 München.

Danksagung:

Die Herausgabe des Tagungsbandes wurde durch die finanzielle Unterstützung der Gregor Louisoder Umweltstiftung ermöglicht.

DIE GEBURTSTAGSFEIER DER ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM FAND AM 1. APRIL 2004 IM MÜNCHNER RATHAUS, GROßER SITZUNGSSAAL STATT

Träger der Veranstaltung:

Förderverein Ökologische Steuerreform e.V./ Gregor Louisoder Umweltstiftung

Mitveranstalter:

Green City e.V. / Bund Naturschutz in Bayern e.V. Kreisgruppe München / Jugendorganisation Bund Naturschutz / Global Challenges Network e.V / Landeshauptstadt München / Ökom Verlag GmbH / Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. Kreisgruppe München

Kontaktadresse für weitere Informationen zur Ökologischen Steuerreform:

Förderverein Ökologische Steuerreform e.V., Brienner Straße 44, 80333 München,
Telefon: 089/520133-13 / Fax: 089/520133-14 / Email: foes@foes-ev.de / Homepage: www.foes-ev.de
Aktive Mitglieder, Jahresbeitrag 200 Euro; Fördermitglieder, Jahresbeitrag 60 Euro.
GLS Gemeinschaftsbank eG, Konto 804 371 3000, BLZ 430 609 67, IBAN DE87430609678043713000

